

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Moringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Adress für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Drehschrift: Copiedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Zeile ist Berlin.

Berlin, den 21. Februar 1930

Schachtyprozess in Permanenz.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. In seinem Buche über das Experiment des Bolschewismus berichtet der Redakteur der Frankfurter Zeitung Arthur Feiler über einen Ausspruch eines führenden Mannes des Sowjetregimes zum Fünfjahresplan: "Wir müssen den Fünfjahresplan durchführen, sonst werden wir hinausgeschmissen." Diese freimütige Äusserung birgt Geständnisse in sich. Sie zeigt den Fünfjahresplan als verzweifeltes Experiment mit der Alternative des Zusammenbruchs. Sie lässt erkennen, dass er nicht eine Konstruktion aus freiem Willen ist, dass er vielmehr geboren wurde aus der Unfähigkeit der bisherigen Wirtschaftspolitik der Sowjets, das Volk zu versorgen.

Die Äusserung ist drastisch, aber sie darf nicht ernst genommen werden. Wenn der Fünfjahresplan zusammenbricht, wird das Sowjetregime nicht hinausgeschmissen. Die Möglichkeit der demokratischen Korrektur besteht nicht, ebenso wenig denken die Männer des Regimes daran, aus ihrem Versagen Konsequenzen zu ziehen. Unter der Diktatur büssen für die Sünden des Regimes nicht die Verantwortlichen, sondern die Sündenböcke. Es ist in Russland im grossen wie es bei Hugenberg und seiner Partei im kleinen ist. Die Führer sind niemals schuld, sondern nur die Geführten. Was bei Hugenberg und seiner Partei politische Groteske ist, wird unter der Diktatur in Russland zur blutigen Tragödie. Wehe den Sündenböcken des Regimes, wenn das Experiment des Fünfjahresplanes schief geht!

Es geht schief. Der Zusammenbruch des grossen Experiments wird immer klarer sichtbar. Es mehren sich die Anzeichen, dass nun eine gewaltige Terrorwelle über Russland gehen wird, um mit den Sündenböcken des Regimes zugleich die Schuld und die Unfähigkeit der Diktatoren in Blut zu ersäufen. Schon seit Wochen führt die Sowjetpresse einen systematischen Feldzug, um die Folgen des Scheiterns des grossen Wirtschaftsplanes vom Regime abzulenken. Es ist ein Feldzug der Verdächtigung und der Hetze.

Natürlich richtet sich der Ablenkungsversuch zunächst gegen das Ausland. Wie in den Tagen des Schachty-Prozesses muss Deutschland und seine Industrie als Sündenbock dienen. Damals waren es deutsche Ingenieure, denen ein skandalöser Prozess gemacht wurde. Heute behauptet das Organ des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion "Sa Industrialisaziu": Die Vorstellung von der Gewissenhaftigkeit der deutschen Industrie müsse revidiert werden. Unter allen Lieferanten der Sowjet-Union sei die deutsche Industrie am wenigsten in der Lage, Lieferungstermine, sowie die Qualität der Anlagen zu garantieren. Diese Zweckbehauptung steht so sehr im Widerspruch mit der Wahrheit und mit den Lobsprüchen, die die offiziellen Sowjetorgane bis vor kurzer Zeit über die deutsche Industrie veröffentlicht haben, dass ihr wahrer Charakter ohne weiteres erkennbar ist. Der Zweck ist, die Aufmerksamkeit der russischen Bevölkerung von den Fehlern der Diktatur abzulenken.

Kampf den Schädigern! so heisst die neueste Parole. Mit den Arbeitern, die wegen Faulheit auf die schwarze Liste kommen, fing es an. Dann kamen die Funk-

tionäre des Apparats an die Reihe, die hinausgesäubert werden. Die ganze Last der neuen Hass- und Hetzkampagne aber fällt auf die Spezialisten und Ingenieure. Der Leiter der Planwirtschaftsstelle Krischanowski veröffentlicht in der Sowjetpresse einen Aufsatz, dass der Klub der Bergingenieure in Leningrad, die Spitze einer Organisation der Schädiger darstelle, deren Taktik auf Schädigungsakte bei der Aufstellung der Jahres- und Fünfjahrespläne der einzelnen Wirtschaftszweige hinausgelaufen sei. In einer allgemeinen Versammlung der Moskauer Ingenieure, Techniker und Wissenschaftler hat Rykw diesen Feldzug fortgesetzt. Die Behauptung über eine Organisation der Schädiger stützt sich auf Aussagen, die in einer Reihe von berüchtigten Prozessen der letzten Zeit, vor allem aber von den im Schachtyprozess Verurteilten gemacht worden sind. Danach sollen auswärtige Kapitalisten regelrechte Vertretungen zum Zweck der Sabotage in Russland besitzen. Es werden die Namen Deterding, Nobel und Shell genannt. Ehemalige russische Unternehmer sollen beteiligt sein. Für die Bezahlung der angeblichen Agenten werden phantastische Summen genannt, die zum Teil durch die englische Botschaft übermittelt worden sein wollen. Am Schlusse seiner Ausführungen verlas Rykw eine lange Reihe von angeblich der Sabotage überführten Personen, die jedoch in Freiheit belassen würden, da die Regierung sie nicht für die Aktivsten halte und von ihnen Besserung annehme.

Mit einem Wort: Es ist die Atmosphäre des Schachtyprozesses, die jetzt wieder in Sowjetrussland künstlich erzeugt wird. Es stellt sich heraus, dass der Schachtyprozess mit seinen Todesurteilen nicht zu Ende war, dass er vielmehr in Permanenz ist. Die Haltung der Sowjetregierung den Spezialisten und Ingenieuren gegenüber ist ein einziger Schachtyprozess ohne Ende. Jene lange Reihe angeblich überführter Personen stellt nichts anderes dar als eine Geiselliste. Wer der Sowjetregierung als Betriebsleiter oder als Spezialist dient, wird früher oder später als angeblich überführter Saboteur auf die Liste kommen. Sein Leben ist in der Hand des Regimes. Täglich können die Leute, die auf dieser langen Liste stehen, geholt und als überführte Saboteure erschossen werden.

Es sind Geiseln - es ist nicht in ihrer Hand, ob sie leben oder sterben werden, denn sie bürgen nicht für ihr eigenes Handeln, auch nicht für das Handeln der Gesellschaftsschicht, der sie angehören, sie bürgen lediglich für Fähigkeit oder Unfähigkeit des Regimes selbst. Wenn sie erschossen werden, so bluten sie für den Irrtum der Fabrikanten des Fünfjahresplanes. Das ist der Sinn der neuen Terrorwelle, die jetzt durch Russland geht, des Hass- und Hetzfeldzuges gegen das Ausland wie gegen die russischen Spezialisten! Das Regime will nicht hinausgeschmissen werden, wenn seine Unfähigkeit eklatant ist, es erschießt lieber.

Das Regime hat in grandiosem Stile in Kilowattstunden phantasiert. Die Phantasie geht zu Ende und der Henker kommt!

SPD. Angora, 21. Februar (Eig. Dranto)

Die türkische Kammer ratifizierte am Freitag das zwischen der türkischen Regierung und dem russischen Aussenkommissar Karachan im Dezember abgeschlossene Protokoll über die Verlängerung des türkisch-russischen Freundschaftsvertrages. Der Vertrag wird danach um 3 Jahre verlängert.

SPD. Aus Kreisen der kommunistischen Opposition erfahren wir: "Wir müssen durch das Fegefeuer der Illegalität. Dann werden alle Schlacken, die heute noch die Partei in ihrem Revolutionierungsprozess hemmen, hinweggefegt werden." Also sprach der grosse "Teddi" Thälmann in einer Führerbesprechung des Rot-Front-Kämpferbundes. Der Parteivorsitzende der KPD liess damit nochmals erkennen, dass seine Organisation mit Hochdruck auf ein Verbot der Kommunistischen

Partei hinarbeitet.

Die KPD-Sekretäre sind inzwischen tätig, das "nächste Kettenglied der Revolution zu greifen", um die Vorbereitungen für den 6. März wuchtiger und schärfer als zum 1. Februar zu treffen. Zunächst wird den Mitgliedern ordentlich eingeheizt. In einer Neuköllner Sitzung von KPD-Funktionären erklärte der Stadtv. Lange, die jetzige Situation sei "noch zugespitzter als 1923". Die Ruhe des Proletariats dürfe nicht falsch eingeschätzt werden, es sei "die Ruhe vor dem Sturm". In Mitteldeutschland predigt der Reichstagsabg. Koenen die Organisation von Demonstrationen Erwerbsloser bei Betriebsschluss grosser Werke. Das Demonstrationsverbot müsse durchbrochen werden, koste, was es wolle! Heute heisse es: Gewalt gegen Gewalt!

In verschiedenen Bezirken arbeiten die kommunistischen Parteisekretariate bereits ausschliesslich nach illegalen Methoden. Briefe an die Zentrale der KPD dürfen nur von KPD Abgeordneten persönlich befördert werden. Umgekehrt dienen dieselben Abgeordneten als Kurier. Der Parteimitgliedschaft ist jede Kritik und Diskussion über die illegalen Massnahmen verboten. Die KPD Stossbrigaden sind auf den "revolutionären Treueid" verpflichtet worden. Auf der ganzen kommunistischen Front herrscht Mobilmachung - der Parteiangestellten.

SPD. Köln, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Fehlbetrag im Etat der Stadt Köln für 1930 wird von der Stadtverwaltung auf 11,8 - 11,9 Millionen Mark beziffert. Dazu kommt, dass der Haushaltsplan für 1930 bereits mit 4,4 Millionen und der von 1931 bereits mit 3,2 Millionen Mark vorbelastet ist.

SPD. Der deutsche Gesandte in Warschau Dr. Rauscher ist am Freitag in Berlin eingetroffen. Er wird dem Kabinett u.a. über den Fortgang der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen Bericht erstatten. Der Abschluss der Verhandlungen steht kurz bevor, obwohl noch einige Restpunkte zu klären sind.

SPD. Paris, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

Der vom Präsidenten der Republik mit der Neubildung des Kabinetts betraute Vorsitzende der radikalen Kammerfraktion hat seine Besprechungen am Freitag um fünf Uhr nachmittags abgeschlossen. Die neue Ministerliste, die allerdings noch weitere geringfügige Abänderungen erfahren kann, setzt sich wie folgt zusammen :

Ministerpräsident und Innenminister Camille Chautemps (Rad.)
Auswärtige Angelegenheiten Briand (Republ)
Minister für das Tresor Charles Dumont (Rad.)
Budgetminister Palmade (Rad)
Justizminister Albert Sarraut (Rad)
Kriegsmarine Steeg (Rad)
Kriegsministerium Besnard (Rad)
Öffentliche Arbeiten Daladier oder Durand (Rad.)
Kultusministerium Durand oder Daladier
Handel Lamoureux (Rad.)
Post, Telephon und Telegraph Rustand (rad. Linke)
Kolonien Bonnet (Rad.)
Arbeit Loucheur (rad. Linke)
Luftfahrt Laurent-Eynac (rad. Linke)
Ackerbau Queuille (Rad.)

Pensionen Gallet (populairer Dem., Gruppe Ratier)
Handelsmarine Daniélou (rad. Linke)

Das neue Ministerium umfasst somit elf radikalsoziale Abgeordnete und Senatoren, vier Mitglieder der republikanischen Linken, einen republikanischen Sozialisten und einen populären Demokraten. Die Zahl der Unterstaatssekretäre wird vermutlich unverändert bleiben.

Die französische Ministerkrise hat mit einer doppelten Überraschung geendet. Die erste besteht darin, dass diejenigen Parteien des Zentrums, die sich innenpolitisch bisher stets als sogenannte Linksparteien gebärdet haben, ihre Masken fallen liessen und vorübergehend wenigstens ins Lager der Rechten hinübergeschwenkt sind. Diese Gruppen, die sich früher an Vorwürfen gegen die Radikalen nicht genug tun konnten und sie beschuldigten, durch ihre Weigerung, in das Kabinett Tardieu einzutreten, einen Zusammenschluss aller republikanischen Kräfte unmöglich gemacht zu haben - haben jetzt das Zustandekommen einer bürgerlichen Linkskoalition selbst sabotiert. Der Vorwand, den sie für ihre Weigerung benutzten, war durchsichtig und politisch schlechthin unmöglich: sie erklärten, nur einem Konzentrationskabinett beitreten zu wollen, das von Tardieu geführt werde. Denn er sei allein der geeignete Mann für eine Führung.

Die zweite Lehre der Krise ist positiver Art: sie offenbart sich durch den durch äusseren Druck erfolgten Zusammenschluss der Linksparteien, die Annäherung zwischen Sozialisten und bürgerlichen Linken. Wenn es auch der sozialistischen Partei durch die Beschlüsse des Pariser Kongresses versagt bleibt an der Regierung Chautemps direkt teilzunehmen, so ist diese doch nur dadurch ermöglicht worden, dass die Sozialisten ihr weitgehende parlamentarische Unterstützung zugesagt haben. Ob die neue Regierung sich aber wird halten können, ist eine Frage der Zukunft und hängt von parlamentarischen Zufälligkeiten ab, denen sie durch ihre knappe Mehrheit mehr als jede andere ausgesetzt sein wird. Aber selbst wenn sie, wie die Reaktion schon jetzt prophezeit, nur von kurzem Bestand sein sollte, hat sie für die innerpolitische Entwicklung in Frankreich einen wertvollen Beitrag geliefert: den seit vier Jahren zum erstenmal erfolgten Zusammenschluss der Linken zu positiver Ausbaurarbeit.

SPD. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags nahm am Freitag § 21 des Gaststättengesetzentwurfes an. Der Paragraph gibt der obersten Landesbehörde das Recht, für längstens 1 Jahr die Erlaubnis zur Einrichtung neuer Betriebe einzustellen, wenn nach ihrem Ermessen die Zahl der erlaubnispflichtigen Betriebe in einem Bezirk das Bedürfnis erheblich übersteigt. Angenommen wurde auch § 23. Danach finden die Vorschriften des Gaststättengesetzes auf Vereine und Gesellschaften Anwendung, auch ohne dass ein Gewerbebetrieb vorliegt, wenn sie Getränke ausschenken oder Branntwein im kleinen absetzen. Dies gilt jedoch nicht für den Ausschank an Angestellte oder Arbeiter der Vereine. Die Bestimmungen über die Polizeistunde finden auf Vereine und geschlossene Gesellschaften nur Anwendung, wenn deren Zusammenkünfte in einer Gast- oder Schankwirtschaft oder in Räumen stattfinden, die mit einer solchen verbunden sind und in denen Schankwirtschaft betrieben wird.

SPD. Haag, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

Die zweite niederländische Kammer verwarf am Freitag mit 62 gegen 22 Stimmen den sozialdemokratischen Antrag auf Missbilligung der Haussuchungen und Verhaftungen in Indonesien. Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung aller Einschränkungen des Rechtes der freien Meinungsäusserung und des Vereinigungs- und Versammlungsrechtes in Indien sowie auf Gewährung einer umfassenden politischen Amnestie verfiel ebenfalls der Ablehnung.

SPD. Die Inszenierung von "Hungermärschen" gehört zurzeit immer noch zur Hauptaufgabe kommunistischer Politik. Aber während man in der kommunistischen Presse den Parolen der KPD-Zentrale gemäss das Volk zu Demonstrationen aufzuputschen versucht und wie die Wilden gegen die Sozialfaschisten wütet, feiern die KPD-Grössen im Karl Liebknecht-Haus zu Berlin tagtäglich Orgien.

Es klingt fast unglaublich und dennoch bleibt es wahr, dass das Gebäude der KPD-Zentrale in Berlin nicht nur zur Fabrikation putschistischer Parolen dient, sondern zugleich auch einen grossen Weinkeller beherbergt, wie ihn mancher Grosskapitalist nicht sein eigen nennt und wegen seiner Grösse niemals sein eigen nennen dürfte. Sekt, Rot- und Weisswein, ja alles, was die Kehle der Thälmann-Trabanten vor oder während der Weltrevolution an Flüssigkeiten begehren könnte, ist in diesem unterirdischen Weinkeller in endlosen Mengen enthalten. Da labt man sich nun, oft bei Tage, oft auch bei Nacht an dem Saft edler und edelster Reben, während draussen im Lande, fern von den Gelagen sogenannter kommunistischer Führer, zu Hungermärschen aufgerufen wird.

Ein neues Beispiel für den Kommunismus der Thälmannen in Theorie und Praxis. Kein Wunder, dass Thälmann bei dieser Praxis kürzlich zwangsweise in eine Kaltwasserheilanstalt transportiert werden musste.

SPD. Genf, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

Am Freitag nahmen auf der Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes die Beratungen der beiden eingesetzten Kommissionen ihren Anfang. Die Verhandlungen der Kommission für das Zollfriedensabkommen wurden geprägt von dem festen Willen Deutschlands, zu möglichst schnellen, klaren und praktischen Ergebnissen zu gelangen.

Im Namen der deutschen Regierung legte Ministerialdirektor Posse dem Ausschuss dar, dass es gelte, über sieben Fragen eine Einigung zu erzielen und von dieser Einigung die gesamte Entscheidung, ob ein Zollfrieden möglich sei oder nicht, abhängen. Der Präsident des Ausschusses, der Holländer Colijn, schloss sich dem deutschen Wunsche, sich besonders über diese sieben Punkte auszusprechen, an mit dem Erfolg, dass sich die Debatte des Tages um die von Deutschland aufgezeigten Probleme drehte. Es ergab sich, dass England, Schweden, Jugoslawien, die Schweiz, Holland und mit gewissen Vorbehalten Finnland und Polen eine Standpunkt einnahmen, der eine Einigung über die Streitpunkte möglich macht. Dagegen waren die Ausführungen von Portugal und Estland ziemlich zurückhaltend. Der Präsident vertagte den Ausschuss auf Montag in der Hoffnung, dass bis Montag die französische Regierung neugebildet sei und Frankreich endlich seinen Standpunkt darlegen wird. Ohne Frankreich, das wurde in den Wandelgängen immer wieder betont, können weder Deutschland und England, noch die übrigen europäischen Industrieländer einen Zollfrieden eingehen, wobei für Deutschland noch die wichtige Frage eine Rolle spielt, ob Frankreich bereit ist, durch den Zollfrieden den deutsch-französischen Handelsvertrag, der jetzt alle sechs Monate gekündigt werden kann und gegen den einige Opposition in Frankreich besteht, stabilisieren zu lassen. - Zum Berichterstatter des Ausschusses wurden Dr. Hilferding-Deutschland und von Langenhove-Belgien ernannt.

In der zweiten Kommission kam vornehmlich die Gegnerschaft und das Misstrauen gegen den Zollfrieden zum Ausdruck. Es zeigt sich schon in den ersten beiden Sitzungen, dass die Aufgabe der Kommission, für die Verhandlungen während des Zollfriedens ein Programm auszuarbeiten, derart unbestimmt ist, dass ungefähr alle Wirtschaftswünsche und Wirtschaftsprobleme in sie einbezogen werden können. Wichtig ist aus den Beratungen des Ausschusses eine Erklärung des Präsidenten, dass der Ausschuss ein Programm für die wirtschaftliche Annäherung und die Beseitigung der Handelsschranken auf jeden Fall ausarbeiten könne, ohne Rücksicht darauf, ob es im ersten Ausschuss gelänge, sich auf einen Zollfrieden zu einigen oder nicht. Die Agrarländer sind sehr geneigt, beson-

ders die Frage der veterinären Massnahmen, eines direkten Austausches zwischen Industrie- und Wirtschaftsprodukten innerhalb Europa und die Frage regionaler Abkommen in den Vordergrund zu schieben, während die industriellen Länder wünschen, dass der Ausschuss vor allem ein Programm für eine etappenweise Herabsetzung der Zölle entwirft.

Am weitesten inbezug auf die Schaffung einer europäischen Wirtschaftssolidarität ging der Vertreter der Tschechoslowakei, der als Ziel die Versorgung der europäischen industriellen Länder durch die europäischen Agrarländer und damit die Steigerung der Kaufkraft der europäischen Agrarländer für die europäischen Industrieprodukte aufgestellt wünschte. Die überseeische Konkurrenz soll dabei durch innereuropäische Vorzugs-Eisenbahntarife und durch europäische Kreditmassnahmen ausgeschaltet werden.

Die meisten aktiven Minister verlassen Genf in den nächsten Tagen. Reichswirtschaftsminister Schmidt reist am Dienstag nach Berlin zurück.

SPD. Das Reichskabinett hat am Donnerstag nach dem Vorschlag des Reichsaussenministers Dr. Curtius beschlossen, an der Verbindung zwischen Young-Vorlagen und dem polnischen Liquidationsabkommen festzuhalten. Das geschieht aus der Erwägung, dass nur durch gleichzeitige Verabschiedung der Young-Gesetze und des polnischen Liquidationsabkommens Schwierigkeiten vermieden werden können, die bei Trennung dieser Vorlagen für die Ratifikation der Young-Gesetze bei den anderen Gläubigermächten entstehen würden.

Man muss jedoch den bestimmten Eindruck haben, dass sowohl die Deutsche Volkspartei wie das Zentrum an ihrer Forderung nach einer zeitlichen Trennung der Abstimmung über Young-Gesetze und Polenabkommen festhalten. Sie geben zwar grundsätzlich zu, dass das Liquidationsabkommen Vorteile für Deutschland und die deutschen Ansiedler in Polen bietet, die seine Annahme wünschenswert machen aber sie berufen sich auf die in ihren Kreisen vorhandene stimmungsmässige Abneigung gegen eine derartige Verständigung mit dem polnischen Staat und hoffen, durch neue Verhandlungen weitere Zugeständnisse von der Warschauer Regierung zu erhalten.

Diese Auffassungen sind in jeder Beziehung abwegig. Wer heute noch nicht für den Vertrag gewonnen ist, wird ihm auch wenn man die Entscheidung noch Wochen und Monate hinausschiebt nicht günstig gegenüber stehen. Wie ausserdem weitere Verhandlungen mit Polen, die sich doch nach Lage der Dinge nur auf Einzelheiten der polnischen inneren Politik beziehen könnten, mit wesentlicher Aussicht auf Erfolge geführt werden können, ist zumindestens zweifelhaft. Im Gegenteil besteht die Gefahr, dass die Warschauer Regierung ihrerseits das Interesse an dem Abkommen verliert, und so sehr dieses Abkommen Vorteile für Polen in sich birgt, so muss doch immer wieder betont werden, dass durch seine Annahme das Schicksal zahlreicher deutscher Bauern in Polen günstiger gestaltet werden kann.

Schliesslich muss immer wieder die Möglichkeit eines Druckes von seiten der übrigen Unterzeichner des Young-Planes in Rechnung gestellt werden. Wenn auch kein völkerrechtlicher, so besteht doch ein politischer Zusammenhang zwischen Young-Plan und Polen-Abkommen. Wollen wir es nun etwa darauf ankommen lassen, dass wir schliesslich, weil sämtliche anderen Staaten den Young-Plan nicht ratifizieren würden, unter einem unmittelbaren moralischen Zwang zur Verabschiedung des Polenvertrages schreiten ?

SPD. Tokio, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

Die ersten japanischen Wahl-Ergebnisse, die allerdings aus den Hochburgen der Minseito, der japanischen Regierungspartei, stammen, scheinen die ersten Meldungen über den Regierungssieg bestätigen zu wollen. Die Regierung hat bisher 42 Sitze erorbert; die Oppositionsparteien eroberten zehn, die Unabhängigen fünf Sitze. Bisher sind zwei Sozialisten gewählt, drei unterlegen. Darunter auch der Führer der japanischen Sozialisten Susuki.

SPD. Die sterbliche Hülle des deutschen Gesandten in Jugoslawien, Dr. Köster, traf am Freitag nachmittag mit dem fahrplanmässigen Zuge Belgrad-Berlin auf dem Anhalter Bahnhof ein. Zahlreiche Vertreter des Reichskabinetts, darunter der Reichskanzler, der Reichsinnenminister, der Reichsarbeitsminister, Staatssekretär Schubert, Vertreter der preussischen Staatsregierung und der jugoslawischen Gesandtschaft, Reichstagspräsident Löbe und von der Sozialdemokratie die Abgeordneten Wels, Breitscheid, Hildebrand und Stampfer hatten sich zu Ehren des Toten auf dem Anhalter Bahnhof eingefunden. Ausserdem waren erschienen der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Rauscher, der Berliner Polizeipräsident Zörgiebel und zahlreiche Freunde des verstorbenen Diplomaten.

Dem fahrplanmässigen D-Zug war ein dunkelgrüner Sargwagen angehängt. Vor ihm befand sich ein Salonwagen, der Frau Dr. Köster und ihrem Sohn von dem König von Jugoslawien zur Fahrt nach Hamburg zur Verfügung gestellt worden ist. Die Witwe des Verstorbenen zeigte sich äusserst gefasst. Reichskanzler Müller kondolierte nochmals im Namen der Reichsregierung und hatte dann mit Frau Dr. Köster im Salonwagen eine kurze Unterredung. Anschliessend führte er die Witwe des Verstorbenen in das frühere Fürstenzimmer des Anhalter Bahnhofs, wo die Vertreter der Behörden den Familienangehörigen Dr. Kösters ebenfalls ihr Beileid zum Ausdruck brachten. Frau Dr. Köster war dann bis zum Abend Gast im Hause des Reichskanzlers. Um 7.50 Uhr abends fuhr sie nach Hamburg weiter.

Die offiziellen Trauerfeierlichkeiten finden am Sonnabend mittag in der Vaterstadt des Verstorbenen in Anwesenheit zahlreicher Regierungsvertreter statt. Am Grabe sprechen u.a. der Reichsminister des Innern Severing, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Otto Wels und der Oberbürgermeister von Hamburg. Die staatlichen Gebäude Hamburgs werden zu Ehren des Toten am Sonnabend halbmast flaggen.

+ + +

SPD. Dresden, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

Dem verstorbenen deutschen Gesandten in Jugoslawien Dr. Köster wurden am Freitag bei der Ankunft des fahrplanmässigen Zuges Belgrad-Berlin auf deutschem Boden die ersten Ehren durch eine Abordnung des Dresdner Reichsbanners auf dem Dresdner Hauptbahnhof zuteil. Als der Zug einfuhr, spielte die Reichsbannerkapelle den Chopin'schen Trauermarsch. Dann erklang das Lied: "Ich hatt' einen Kameraden". Die Abfahrt des Zuges erfolgte unter einem lang nachhallenden Trommelwirbel.

Das in Dresden ansässige Mitteleuropa-Institut überreichte der Witwe Dr. Kösters einen Kranz.

SPD. London, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

In einem Nachruf auf den so früh verstorbenen deutschen Gesandten Dr. Köster schreibt der "Daily Herald":

"Kösters Tod bedeute einen schweren Verlust für Europa. Köster sei nicht nur einer der fähigsten unter den jüngeren deutschen Diplomaten gewesen, sondern darüber hinaus ein Mann von europäischem Format. Man habe in London Hoffnung gehabt, dass Dr. Köster eines Tages Deutschland als Botschafter in London vertreten werde.

SPD. Paris, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Regierung Chautemps erfährt nach der endgültigen Liste folgende Veränderungen :

Öffentliche Arbeiten Daladier (Rad.)

Kultusministerium und Unterricht Jean Durant (Rad.)

Handel Bonnet (Rad.)

Post, Telephon und Telegraph Julien Durand (Rad.)

Kolonien Lamoureux (Rad.)

In übrigen erhält das Kabinett die bereits gemeldete Zusammensetzung.

SPD. Der auswärtige Ausschuss und der Haushaltsausschuss des Reichstages setzten am Freitag die Beratung des Reichsbahngesetzes fort.

Abgeordnete Sender (Soz) vertrat den Standpunkt, dass das Reichsbahngesetz nicht verfassungsändernd sei. Sie forderte eine grössere Durchsichtigkeit der Reichsbahnbilanz und kündigte einen Antrag ihrer Partei an, der die Wiedereingliederung der Kontrolle des Rechnungshofes fordert. Weiter fragte Frau Sender, ob es stimme, dass die Deutsche Allgemeine Zeitung eine Subvention von 300 000 Mark pro Jahr erhält. Minister Stegerwald führte zu dem Fall Siemens an, dass die Regierung Herrn von Siemens abgeraten habe, nach Paris zu fahren. Man habe aber von Siemens die Fahrt nicht verbieten können, da er der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Reichsbahngesellschaft und nicht Reichsbeamter sei. Eine Frage der Abg. Sender beantwortete der Minister dahin, dass die Arbeitnehmer auch zur Wirtschaft gehörten und im Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft vertreten sein sollten.

Der Ausschuss lehnte dann die Anträge des Abg. Dr. Quaatz (dntl), wonach das Reichsbahngesetz verfassungsändernden Charakter habe und die Reparationssteuer aus den Betriebsüberschüssen der Reichsbahngesellschaft zu zahlen sei, ab. Angenommen wurde eine Resolution Heinig (Soz), die die Reichsbahngesellschaft verpflichtet, bei der Prüfung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung dem mit der Prüfung beauftragten Organ die Unterlagen usw. zur Verfügung zu stellen, damit dieses einen ausreichenden Überblick über die Wirtschaftsführung der deutschen Reichsbahngesellschaft erhalte. Das Reichsbahngesetz wurde dann angenommen. - Es folgte die Weiterberatung der Sanktionsfrage, die für vertraulich erklärt wurde.

SPD. Bei der Reichsbahnhauptverwaltung haben am Freitag zur Vermeidung von Entlassungen in den Werkstätten Verhandlungen mit den Gewerkschaften stattgefunden. Man einigte sich dahin, dass in einem Zeitraum von 8 Wochen bei dem einen Teil der Werkstättenarbeiter 4 Schichten mit 6 Stunden ausfallen, bei dem anderen 3 Schichten mit 8 Stunden. Der Werkstättenarbeiter hat also pro Woche eine Einbusse von 3 Lohnstunden. Die Vereinbarung gilt für sämtliche 80 000 Werkstättenarbeiter. Durch sie sind die beabsichtigten Entlassungen zunächst vermieden worden.

Es handelt sich bei der Vereinbarung einstweilen nur um eine vorläufige Regelung. Ob sie genügt, muss abgewartet werden.

SPD. London, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

In London hat sich am Freitag der 78 jährige Lord Westbury vom siebten Stockwerk seiner Wohnung auf die Strasse gestürzt, wobei er tödlich verletzt wurde. Der Selbstmord Lord Westburys hat in London eine Sensation erregt, da Westburys Sohn, der englische Kapitän Bethall vor kurzem ebenfalls unter

tragischen Umständen den Tod gefunden hat. Bethall war Privatsekretär des Leiters der Ausgrabungen am Tutanchamon-Grab in Ägypten. Die Zeitungen erinnern deshalb an den alten ägyptischen Fluch, der die Familien aller derer mit dem Tode bedroht, die jemals ein Pharaonen-Grab anrühren sollten.

Der "Evening-Standard" veröffentlicht eine Liste von nicht weniger als 12, mit den Ausgrabungen am Tutanchamon-Grab in Verbindung stehenden Personen, die sämtlich im Laufe der letzten Jahre auf natürliche oder unnatürliche Weise den Tod gefunden haben.

SPD. Es sind bereits mehrere Jahre her, seit der damalige österreichische Bundeskanzler Dr. Ramek seinen offiziellen Besuch in Berlin machte. Vor den in- und ausländischen Pressevertretern hielt Dr. Ramek damals in der österreichischen Gesandtschaft einen Vortrag, in dem er sehr deutlich die Heimkehr Deutschösterreichs ins Deutsche Reich sowohl als ein Gebot der Gerechtigkeit wie als einziges Heilmittel für die dauernde schwere Wirtschaftsnot seines Landes forderte.

Der Besuch des jetzigen Bundeskanzlers Schober, der am Sonnabend in Berlin eintrifft, dient u.a. wirtschaftlichen Verhandlungen. Die reichsdeutsche Landwirtschaft und Industrie erhält damit Gelegenheit, die oft betonte Brüderlichkeit für Deutschösterreich durch Erleichterung der Einfuhr jener wenigen Produkte zu beweisen, an denen Deutschösterreich Überproduktion hat. Das gilt besonders für alpenländisches Jungvieh hochwertiger Rassen, für die Erzeugnisse der Sägewerke und für manche Industriewaren, besonders der Automobilwerke und des Wiener Kunstgewerbes. Die Wirtschaftslage in der deutschen Alpenrepublik ist gerade gegenwärtig besonders traurig. Eines der grössten und ältesten Werke, die Lokomotivenfabrik Siegel, steht ebenso vor der Schliessung wie die berühmte Automobilfabrik Steyr; die Zahl der Arbeitslosen steht im vierten Hunderttausend bei einer Gesamtbevölkerung von $6\frac{1}{2}$ Millionen; Zehntausende Arbeitslose sind längst ausgesteuert, zum Teil schon seit Jahren. Letzteres ist eine Folge der dauernden Wirtschaftsnot, zu der Deutschösterreich durch die ihm aufgezwungene "Selbständigkeit" verurteilt ist.

Jüngst haben die Handelskammern ein Wirtschaftsprogramm veröffentlicht, das nicht weniger verlangt als gründlichen Abbau der gesamten Sozialpolitik und Fürsorge. Die Notstandsbeihilfe für Arbeitslose soll auf einen Schilling im Tag herabgesetzt werden, das sind 60 deutsche Reichspfennige, und nach der Kaufkraft des Schillings höchstens 80 Pfennige! Kurz vor seiner Abreise nach Berlin hat Bundeskanzler Schober den Vertretern der Gewerkschaften erklärt dass diese Vorschläge der Handelskammern nicht den Absichten der Regierung entsprechen. Er hat gleichzeitig das Zusammentreten einer gemeinsamen Wirtschaftskonferenz der Unternehmer, der Arbeiter und wissenschaftlichen Fachleute für den 28. Februar angekündigt, sowie in Aussicht gestellt, dass die Wohnbauaktion des Bundes bald in Angriff genommen werden wird. Damit würde das meiste zur Verminderung der Arbeitslosigkeit getan. Gemeinsame Wirtschaftskonferenzen der Unternehmer und der Arbeiter haben unter der Regierung des Sozialisten Dr. Renner und der darauf folgenden ersten Kanzlerschaft Schobers sehr wesentlich zur Überwindung der damaligen Währungskrise beigetragen. Dr. Seipel allerdings hat nicht ein einziges Mal Unternehmer und Arbeiter zu allgemeinen Beratungen zusammengebracht - ihm lag weit mehr daran, die Unternehmer gegen die Arbeiter zu fanatisieren und sie zur Förderung des Heimwehfaschismus zu veranlassen. Die eben erwähnten Erklärungen Schobers dagegen sind bestimmt und geeignet, die erwerbstätigen Massen zu beruhigen und mit neuer Hoffnung zu erfüllen.

Auch auf dem Gebiet der inneren Politik ist unter der Kanzlerschaft Schobers eine nicht zu verkennende Besserung eingetreten. Er war es, der den Heimwehfaschisten beigebracht hat, dass sie sich mit der Verfassungsänderung

die unter Zustimmung der Sozialdemokraten beschlossen wurde, zu begnügen haben und eine Missachtung der Verfassung ebenso wenig in Frage kommt wie ein ausserparlamentarisches Regieren. Schober war es auch, der öffentlich erklärt hat, Polizei und Gendarmerie seien stark genug, um jede illegale Erhebung niederzuschlagen - eine Ankündigung, die sich nach Lage der Verhältnisse nur an die Heimwehrleitung richten konnte. Das schwere Misstrauen der proletarischen Massen gegen die Regierung Seipel, die durch offenkundige Parteinahme für den Faschismus dieses Misstrauen grossgezogen hatte, ist infolge der Haltung Schobers im Zurückgehen begriffen.

Dr. Hans Schober kommt nach Berlin als der Chef der Bundesregierung jener demokratisch-parlamentarischen Republik Österreich, die das Volk des Deutschen Reiches längst als einen Teil seiner selbst ansieht. Hüben und drüben ist die übergrosse Volksmehrheit von der unerschütterlichen Überzeugung erfüllt, dass nicht auf die Dauer den 6½ Millionen Deutschösterreichern die Selbstbestimmung verwehrt sein darf, in deren Namen die Siegermächte den Krieg geführt und den Frieden diktiert haben. Nicht als einen ausländischen Minister - als Vertreter eines Teils von Deutschland heissen wir den Bundeskanzler willkommen!

SPD. Sofia, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

In der serbisch-mazedonischen Stadt Kotschani wurde nach einer hier vorliegenden Blättermeldung auf das Hotel Schumadia ein Bombenattentat verübt. Die Verbrecher warfen nicht weniger als drei Bomben in das Gebäude und töteten mehrere Hotelgäste. Zahlreiche Personen wurden schwer verletzt. Von der Gendarmerie, die die sofortige Verfolgung der Täter aufnahm, wurde ein Beamter getötet. Die Täter sind entkommen.

SPD. Köln, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Hochschulgruppe Köln des nationalsozialistischen Deutschen Studentebundes ist von dem Rektor und Senat der Universität Köln bis zum Ende des Wintersemesters 1930/31 verboten worden. Die nationalsozialistische Studentenschaft hatte sich berufen gefühlt, die Kölner Hochschulprofessoren wiederholt in unsachlicher und herabsetzender Weise anzugreifen.

SPD. London, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Londoner Grafschaftsrat hat die Aufführung des russischen Filmes "Mutter" verboten. Der Film sollte im Rahmen der ersten Filmvorführungen der neu gegründeten englischen Volksbühnen-Bewegung gezeigt werden.

An das republikanische Deutschland!

Anm.f.d.Red.: Der Parteivorstand bittet, den nachstehenden Aufruf in der für den Sonntag erscheinenden Nummer Ihres Blattes zum Abdruck zu bringen.

SPD. Vor zehn Jahren im März unternahm es eine Schar politischer Abenteurer, sich zum Herrscher über das deutsche Volk aufzuwerfen und die Grundlagen seiner freiheitlichen Verfassung umzustürzen. Es gelang den Kapp, Ludendorff und Lüttwitz, sich durch einen militärischen Handstreich der Reichshauptstadt zu bemächtigen und die rechtmässige Regierung zu vertreiben.

Schon schien das Spiel der Verschwörer gewonnen, das Schicksal der Republik besiegelt, da erhob sich mit einem Schlage das arbeitende Volk. Unter der Führung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften leistete es Widerstand. Arbeiter, Angestellte, Beamte, alle standen einmütig zusammen. Binnen wenigen Stunden war der Generalstreik da, der gewaltigste, umfassendste politische Massenstreik, den die Geschichte kennt.

Der Schlag, der das ganze Wirtschaftsleben zum Stillstand brachte, lähmte auch den Arm der neuen Gwalther. Sie hatten geglaubt, regieren zu können, weil sie sich im Besitz der militärischen Machtmittel befanden, und in dieser Beziehung schien ihr Sieg vollständig. Nun aber sahen sie sich einem wohlorganisierten Widerstand gegenüber, der durch rohe Gewalt nicht zu brechen, der auch durch Todesdrohungen gegen Streikführer und Streikposten nicht zu erschüttern war. Nach wenigen Tagen brach ihre Herrschaft zusammen, und sie ergriffen die Flucht.

Ein Sieg der Republik, ein Sieg des Volkes steht seit dem März 1920 mit unvergänglichen Lettern in die deutsche Geschichte eingetragen. Wir wollen die Tapferen ehren, die ihn erstritten, und die Opfer, die für ihn fielen. Wir wollen stolz der Tage gedenken, an denen das werktätige Volk gezeigt hat, was es kann, wenn es einig ist.

Eine Mahnung zur Einigkeit an das arbeitende Volk, eine Warnung an alle Feinde der Republik soll das Fest der Erinnerung sein, das wir am 16. März begehen.

In dieser Zeit wirtschaftlicher Not und schwerer politischer Kämpfe, angesichts der dreisten Vorstösse der Reaktion und der unverhüllten Drohungen mit neuen Putschen ist es doppelt notwendig, die Erinnerung an jene Tage wachzurufen, an denen die deutsche Arbeiterschaft die demokratische Republik als die Grundlage ihres weiteren Aufstieges erfolgreich verteidigt hat.

Alle republikanisch Gesinnten im Lande, vor allem die sozialdemokratisch Organisierten, Partei, Gewerkschaften, die mächtigen Kultur- und Sportorganisationen der Arbeiterschaft und die grosse Schutzorganisation der Republik, das Reichsbanner, werden zusammenwirken, um die Erinnerungsfeier würdig zu gestalten.

Rüstet zur Feier am 16. März!

Es lebe die Republik !

Es lebe die Sozialdemokratie!

Berlin, den 21. Februar 1930.

Der Vorstand
der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands.

Memoiren eines Kellners.

Von Helmut Frenzel / Gaston la Fouche.

2. Fortsetzung.

Der Besuch der verschleierte Dame.

SPD. An einem schönen Sommerabend, an dem ich den Montmartre durchstrolchte, hörte ich in einer Nebenstrasse menschliches Stöhnen. In gewahrte in einer Hausecke einen Mann, der sich ein Bein gebrochen hatte. Als ich ihn zur Rettungsstelle gebracht hatte, sah ich zu meinem grössten Erstaunen, dass ich dem Chefcroupier von Monte Carlo behilflich gewesen war....

Durch den Fall war nun bei verschiedenen Berufsspielern bekannt geworden, dass ich Beziehungen zu dem grossen Mann hatte. Eines Morgens erhielt ich in meiner bescheidenen Wohnung in der Rue de Lafayette den Besuch einer verschleierten Dame. Ich war noch im Schlafanzug, als sie von dem Pförtner in mein Wohnzimmer geführt wurde. Trotz des dichten Schleiers, den sie nicht lüftete, konnte ich feststellen, dass sie jung und schön war. Eine Zeit lang redete sie um den eigentlichen Grund ihres Besuches herum. Plötzlich sagte sie mit leiser beschwörender Stimme: "Wollen Sie 10 000 Francs verdienen?"

10 000 Francs? Ein Vermögen! Ich stutzte und sah meine Besucherin scharf an. In Erwartung, noch mehr zu erfahren, nickte ich wortlos mit dem Kopfe. Diese anscheinende Zustimmung veranlasste die Dame, den Schleier etwas zu lüften. In der Tat, sie war schön, dunkel, mit grossen, ausdrucksvollen Augen, eine herrliche Figur. Sie lächelte, als sie bemerkte, dass meine Augen wohlgefällig über sie hinweggingen. Sie rückte ihren Stuhl an meinen heran und lehnte sich zu mir herüber. "Monsieur gefällt mir," meinte sie leise. "Monsieur ist etwas für mich".

Eine Pause trat ein, in der sie murmelte: "10 000 Francs, was könnte man damit alles anfangen". Als ich sie fragte: "Wollen Sie mir näher erklären, gnädige Frau?", wurde sie plötzlich wieder geschäftlich, öffnete ihre Tasche, aus der sie einen in Seidentuch gehüllten Gegenstand herausnahm, nahm die Umhüllung ab, brachte ein kleines, rundes Instrument als Metall zum Vorschein. Dann entwickelte sie, temperamentvoll übersprudelnd, ihren Plan. Ich sollte den Chefcroupier, dem ich meine Hilfe anbieten sollte, verführen das kleine magnetische Instrument unter der Roulettescheibe am Spieltisch in Tätigkeit zu setzen und dadurch die Scheibe zum vorzeitigen Anhalten zu bringen.

Das Geheimnis des Magneten.

Das Instrument war so konstruiert, dass man es gut in der Hand verborgen halten konnte. Diesen kleinen Magneten sollte der Croupier nun jedes Mal dann, wenn sie und die von ihr eingeweihten Leute am Spieltisch sassen, in Wirksamkeit setzen und wieder ausschalten, sobald sie den Tisch verliessen. Dafür sollte ich nun 10 000 Francs erhalten und der Croupier 100 000 Francs.

Der Magnet würde natürlich bewerkstelligen, dass eine bestimmte Nummerserie bei jedem Spiel herauskäme. Die Dame und ihre Verbündeten würden schon darauf achten, dass gerade jene Nummerserien besetzt würden. "Nur 6 Tage lang," meinte die Besucherin, "und wir werden 1 Million Francs gewonnen haben, von denen 10 000 Francs Ihnen gehören sollen. Dann werden wir verschwinden und auch Sie können sich in Sicherheit bringen." Es war ein vorzüglich ausgeklügelter Plan. Ich wusste, dass solche Pläne auf jeden Fall missglücken mussten, da das Casino ein ganzes Heer von Detektiven und Wachbeamten angestellt hatte. Aber für mich war hier eine Möglichkeit gegeben, eine Stellung im Casino zu bekommen. Ich beschloss also, gegen die Bande vorzugehen und sie zur Anzeige zu bringen.

Ich fühlte, dass mich die Frau aufmerksam beobachtete. "Madame" sagte ich

ruhig, "ich nehme Ihr Angebot an." Die Abenteurerin sprang auf, küsste mich, presste mir den Magnet in die Hand und wandte sich zum Gehen. "Vergessen Sie nichts, mon chéri!"

Mit einem bezaubernden Lächeln auf den Lippen war sie verschwunden....

Alles will gelernt sein.

Ich zog mich an und besuchte den Chefcroupier, der im à Orsay Palace Hotel Wohnung genommen hatte, und erzählte den Vorfall. Er nahm den Magnet in die Hand, wog ihn nachdenklich hin und her und sagte: "Sie haben dem Casino einen grossen Dienst erwiesen, wenn Sie mal keine Stellung haben, brauchen Sie sich bloss auf mich zu berufen". Später lud er mich zum Tee ein und fragte mich, ob ich nicht Croupier werden wolle. Ich willigte ein und schon an einem der nächsten Tage kam ich in die Schule der "Société des Bains du Mer", der Besitzerin des Spielkasinos. Nach dem vierwöchentlichen vorbereitenden Studium des Rouletts, des Backarats und des Chemin-de-fer Spiels begann mein aufregender Dienst in den bekanntesten und grössten Spielkasino der Welt.

Der wahre Herrscher von Monte Carlo ist nicht der Fürst von Monaco, sondern das Geld. Dem Casino sind ein grosses Theater und ein Ballsaal angegliedert. Beide Unternehmungen, zu denen der Eintritt frei ist, werden aus den Einnahmen des Casinos unterhalten. Den besten Champagner kann man dort billiger als irgend sonstwo erhalten, Voraussetzung ist jedoch, dass er auf dem Terrain des Casinos getrunken wird. Auch für das Essen, das dort serviert wird zahlt man nur ein Viertel der Hotelpreise.

Auf Anstand und gute Sitte wird im Casino streng geachtet. Es gibt richtige Etikettenvorschriften, die für das Casino geschaffen wurden und sich sogar auf die Kleidung erstrecken. Niemand würde wagen dürfen, aus den weiten Gärten unterhalb der Terasse in Sommer- oder Strassenkleidung das Casino zu betreten, man würde ihm ohne weiteres den Eintritt verwehren.

"Sie sind kein Gentleman!"

Ein Croupier, der lange seine Stellung behalten will, braucht zwar nicht gerade ein Frauenhasser zu sein, er muss aber dem weiblichen Geschlecht gegenüber äusserste Zurückhaltung üben. Im eigenen Interesse tut man gut, sogar ab und zu grob zu werden.

Ein Fall, den wohl alle Croupiers erlebt haben: Nachdem der Turnus an den Spieltischen beendet ist, will man vom Casino nach Hause gehen. Plötzlich kommt eine reizende, äusserst elegant angezogene Frau auf einen zugelaufen und bittet um Hilfe, Sie sei in zudringlichster Weise belästigt worden. Man sieht sich nach dem Täter um. -- Nirgends ist ein Mensch zu erblicken. Die Schöne ändert nun ihre Taktik, sie wird freundlicher und steuert, ohne viel Zeit zu verlieren, geradewegs auf ihr Ziel los, um das Vertrauen des Croupiers zu erwerben. Und immer hoffen sie, dass der Croupier bei der säumigen Glücksgöttin für sie ein gutes Wort einlegen möge.

Merkwürdig ist, dass ein grosser Teil dieser schönen Verführerinnen, sobald sie Monte-Carlo wieder verlassen haben, durchaus brave Muster der Tugendhaftigkeit und Ehrlichkeit sind. Sie betrachten den Versuch, die Ehrlichkeit des Croupiers zu unterminieren, eben genau so, als ob es sich darum handle, vor einem Pferderennen von einem Rennstallbesitzer einen "sicheren Tipp" zu erhalten.

Eine Engländerin sagte mir einmal ein ernstes Wort, als ich mich weigerte, ihr ein derartiges Zeichen meiner Geneigtheit zu geben, wenn sie an meinen Tisch ins Casino kam: "Sie sind kein Gentleman!"

Fortsetzung folgt.

„Aus aller Welt“

Mädchenhandel.

10 Ballen Seide - Preis pro Kopf 5000 bis 20 000 Francs - Greift der Völkerbund ein?

SPD. In letzter Zeit gelang es der rumänischen Polizei zu verschiedenen Malen, in Bessarabien Mädchenhändlern auf die Spur zu kommen und festzustellen, dass in mehreren Fällen zum Teil halbwüchsige Mädchen aus dem Elternhaus gelockt und der Prostitution zugeführt worden sind. Einige Spuren wiesen ganz einwandfrei ins Ausland, wohin junge Bessarabierinnen an Freudenhäuser verkuppelt worden waren.

Speziell dem Bukarester Generaldirektor der rumänischen Polizei, die ein besonderes Inspektorat für Mädchenhandel unterhält, ist es gelungen, den Schleier zu lüften und festzustellen, dass die "Ware" von Rumänien aus in regelmäßigen Abständen ihren Weg nach dem Orient nahm. Den Beamten dieses Sonderdezernates war es aufgefallen, dass mehrere Monate lang in den verbreitetsten Tageszeitungen von Bukarest, Klausenburg und Czernowitz verlockende Inserate erschienen, in denen für das Ausland Gouvernanten, Verkäuferinnen, Hausgehilfinnen und Caféhauskellnerinnen gegen besonders gute Bezahlung und erstklassige Unterkunft gesucht wurden. Eine Polizeibeamtin wurde veranlasst, auf eines dieser Inserate zu antworten. Das Mädchen erhielt eine Zuschrift aus der bessarabischen Hauptstadt Kischinew, in der mitgeteilt wurde, sie sei mit einem hohen Lohn nach Skutari engagiert, sie möge unverzüglich mit ihrem Gepäck Bukarest verlassen und nach Kischinew kommen. Das junge Mädchen fuhr in Begleitung von zwei Kriminalbeamten in Zivil nach Kischinew und begab sich in die ihr mitgeteilte Wohnung. Vor dem Haustore standen die beiden Kriminalbeamten Posten und warteten hier in grimmiger Kälte stundenlang. Als das Mädchen bis zum Einbruch der Dunkelheit immer noch nicht aus der Wohnung herausgekommen war, holte man Hilfe. Das Haus wurde von Polizisten umstellt und eine Abteilung Kriminalbeamter drang mit gezogenem Revolver in die Wohnung ein.

Im ersten Stockwerk befand sich an der Tür das Schild "Stellenvermittlung". Als auf die Aufforderung der Polizei nicht geöffnet wurde, drückte man die Tür ein und sah sich nun zehn Männern gegenüber, die sich widerstandslos fesseln und abführen liessen. In einem benachbarten Zimmer war die Polizeibeamtin mit vier anderen jungen Mädchen eingeschlossen. Bei einer sofort vorgenommenen Durchsuchung der Räumlichkeiten wurde eine umfangreiche Korrespondenz vorgefunden, aus der hervorging, dass eine wohlorganisierte und weiterverzweigte Bande von Mädchenhändlern unschädlich gemacht worden war, die ihre Zentrale im Piräus und Niederlassungen bzw. ihre Agenten in sämtlichen Hauptstädten und Häfen des Orients besass. In der Zeit von Anfang bis Mitte Oktober 1929, in der das Geschäft mit den bedauernswerten Opfern offensichtlich am besten blühte, wurden nach den vorgefundenen Aufzeichnungen nicht weniger als 205 Mädchen und Frauen nach Saloniki, Athen, Piräus, Smyrna, Angora und Alexandrien an Freudenhäuser verkauft, wohin sie mittels gefälschter Pässe transportiert worden sind. Der Preis schwankte je nach Jugend und Schönheit zwischen 5000 und 20 000 französischen Francs pro Kopf. Der Abtransport wurde durch Depechen angezeigt, in denen es hiess: "Zehn Ballen Seide heute abgegangen".

Die Bukarester Polizei hat dem rumänischen Aussenministerium eine genaue Namensliste der verhandelten Mädchen zugestellt und um Einleitung einer diplomatischen Aktion bei den in Frage stehenden "Importländern" ersucht, um die im Orient in ihrer Gefangenschaft schmachtenden Opfer zu befreien.

Mit Kuss und Schuss gegen den Schwiegervater. Das Schwurgericht in Aix hat den jugendlichen Jean Baptiste Basse zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt, weil er seinen Schwiegervater, der ihn ohrfeigte, erschossen hat. Basse, der seinen Schwiegervater lange nicht gesehen hatte und unverhofft in Marseille traf, hatte den alten Mann stürmisch auf beide Wangen geküsst und ihn dabei kräftig gebissen. Der Schwiegervater antwortete mit der Ohrfeige, der Sohn mit dem Schuss, das Gericht endlich mit dem strengen Urteil.

+ + +
Mord an einer Arbeiterin? In einem Hotel in Birkenwerder in der Nähe von Berlin wurde die 22jährige Arbeiterin Helene Lange aus Rastenburg tot im Bett aufgefunden. Der Fall, in dem man zuerst nur einen Selbstmord vermutete, scheint sich nach der Obduktion der Leiche, die ein grösseres Quantum Arsenik enthielt, als raffinierter Giftmord herauszustellen. Am vergangenen Sonntag hat Helene Lange zusammen mit ihrem Arbeitgeber, Reiwies, Rastenburg verlassen. Reiwies nahm sein gesamtes Vermögen mit und liess seine Frau, die Konkurs anmeldete, mittellos zurück. Reiwies und Helene Lange fuhren zuerst nach Berlin, später nach Birkenwerder, wo ziemlich viel Sekt, dem das Gift mit Leichtigkeit beigemischt werden konnte, getrunken wurde. Am nächsten Morgen ist der Kaufmann Reiwies unter dem Vorwand, für seine erkrankte "Frau" einen Arzt holen zu wollen, verschwunden, jedoch von diesem Zeitpunkt an nirgends mehr gesehen worden. Er wird von der Kriminalpolizei, die hinter dem 35jährigen Mann einen Steckbrief erliess, gesucht

+ + +
Strafanträge im Molinari-Prozess. In dem Gerichtsverfahren, das gegen das Breslauer Geschäftshaus Molinari & Söhne, das Gustav Freitag das Vorbild zu seinem Roman "Soll und Haben" gewesen ist, schwebt, sah der Staatsanwalt die Tatbestände des betrügerischen Bankrotts, der Untreue und der Urkundenfälschung als gegeben an, billigte aber den Angeklagten mildernde Umstände zu. Es beantragte gegen die einzelnen Schuldigen Geldstrafen bis zu 3 000 Mark und Gefängnisstrafen bis zu eineinhalb Jahren.

+ + +
Ein neunfacher Giftmörder. In der Nähe von Detroit wurde durch den Verrat einer Geliebten der 23jährige Matrose James Baker verhaftet, der im Laufe der letzten sechs Jahre nicht weniger als neun seiner Freunde, zumeist Seeleute, mit Strychnin vergiftete, indem er ihnen das Gift unbeobachtet ins Getränk gemischt hätte, weil es ihm, wie er kalt aussagt, unerhörte Lustgefühle verschafft hätte, wenn er die Opfer unter Qualen verenden sah. Ausserdem hat Baker, dessen Grossvater vor einigen Jahrzehnten von Posen nach Amerika ausgewandert ist, seinen Stiefvater, der ihn misshandelt haben soll, erschossen. Nach dieser Tat floh Baker nach Texas, wo er einem Tierarzt eine Flasche mit 40 Strychnintabletten, entwendete. Baker erzählte bei seiner Vernehmung: "Ich hatte niemals irgendein bestimmtes Opfer im Auge. Wenn der Mordrausch mich ergriff, versuchte ich den ersten besten zu vergiften. Ich habe schon immer Gift mit mir herumgetragen, da ich mich stets dafür interessierte. Aber die Lust zum Töten kam erst, als ich einmal in einer Seemannskneipe in Texas sass und den Mann neben mir Kaffee trinken sah. Plötzlich überkam mich die Begierde, ihn sterben zu sehen. Als er einen Augenblick wegblickte, schüttete ich Gift in seinen Kaffee. Beim nächsten Schluck fiel er fast augenblicklich tot um. Erst dann erfuhr ich, dass der Name meines Opfers Honeycutt war. Später wollte ich Blausäure ausprobieren. Ich überwältigte den Wächter Gaw, und zwang ihn, zwei Tassen Kaffee zu trinken, in die ich das tödliche Gift geschüttet hatte. Da sich keine Wirkung zeigte, legte ich etwas Blausäure auf die Mündung meines Revolvers, den ich dann in den Mund des Wächters drückte. Gaw wurde bald darauf ohnmächtig."

+ + +
Lohngeldräuber hinter schwarzen Masken. Am Freitag morgen erschienen auf der Schachanlage Friedrich Thyssen III/VII in Bruckhausen bei Hamborn in der Halle des Verwaltungsbeäudes zwei Männer mit vorgehaltenem Revolver und schwarzen Masken. Sie zwangen die Beamten zur Herausgabe der Lohnbeutel, von denen

ihnen auch der eine mit etwa 27 000 Mark Inhalt in die Hände fiel. Nach Erhalt dieser Beute flohen die Räuber.

+ + +
Der Taurus=Express. Da jetzt die Fluglinie London=Karatschi der Imperial Airways Ltd. zahlungsfähige Reisende in sieben Tagen von der britischen Hauptstadt zur Hafenstadt nahe der Indusmündung befördert, haben sich Eisenbahnen und Schifffahrt veranlasst gesehen, auch ihrerseits einen Schnelligkeitsrekord auf der Strecke England=Indien aufzustellen. Das geschieht durch den ab 15. Februar von Haidar Pascha, der Kopfstation des anatolischen Eisenbahnnetzes, dreimal wöchentlich verkehrenden Taurus=Express. Die Reisenden, die mit dem berühmten Simplon=Express von London und Paris in Stambul eintreffen, fahren zwei Stunden nach der Ankunft mit dem Taurus=Express wieder ab. Der Taurus=Express durchsaust Kleinasien in der Diagonale, überquert Taurus und Antitaurus und zweiteilt sich dann in Aleppo: die Hälfte der Wagen fährt südlich nach Aegypten und dem Sudan, die andere Hälfte östlich nach Nissibin weiter. Die Indienreisen den fahren nach Nissibin, wo die einst so berühmte und in ihrer Linienführung so heiss umkämpfte Bagdadbahn in einer beispiellos öden und traurigen Gegend im Wüstensande endet. Hier erwartet die Reisenden bereits ein Auto=Konvoy, der in wenigen Stunden die Grenze des Irak überschreitet, den Tigris überquert und nach Kerkuk gelangt, wo die Mossul=Oelfelder beginnen. In Kerkuk dampft abfahrtbereit schon der Bagdader Zug auf dem Bahnhof und ebenso einige Stunden später in Bagdad der Basraer Zug. In Basra werden die Reisenden gerade rechtzeitig ankommen, um den von hier einmal wöchentlich abgehenden Indiendampfer zu erreichen. Die Zurücklegung dieser Strecke dauert elf Tage, also vier Tage mehr als die Flugstrecke; dafür ist sie aber bequemer und billiger.

+ + +
Gefängnis für Dollarschwindler. Die beiden internationalen Schwindler Kumarowski und Crenenow, die sich mit ihrer Dollarfabrikation in Berlin verdingliessen und dabei das Pech hatten, an einen Kriminalkommissar zu geraten, wurden vom Schöffengericht Berlin=Mitte zu je fünf Wochen Gefängnis verurteilt.

+ + +
Zeileis=Kampf bis aufs Messer. Zeileis, der Wunderdoktor von Galspach, hat den Berliner Professor Lazarus, der gegen die Zeileis=Methode Front machte und sie als gemeingefährlich bezeichnete, wegen Beleidigung verklagt. Die Wiener Aerztekammer veröffentlicht ihrerseits eine Erklärung, in der sie sich auf die Seite von Lazarus stellt und sich gegen eine Heilmethode wehrt, die trotz gelegentlicher Suggestionserfolge jeder wissenschaftlichen Grundlage entbehrt; auch in Wien arbeiten mehrere Aerzte mit der Zauberröhre und haben grössten Zulauf. Der Feldzug der österreichischen Aerztekammer gegen Zeileis wurde von der österreichischen Behörde bisher deshalb nicht gern gesehen, weil für sie Zeileis ein Steuerfaktor aller ersten Ranges darstellt. In Berlin eröffnet Zeileis ein grosses Heilinstitut am Sonnabend, den 22. Februar am Kurfürstendamm. Er beruft sich in seinem ersten grossen Inserat in einer Berliner Mittagszeitung auf den angeblichen Helsingforsker Nobelpreisträger Professor von Wendt, den Dr. Lazarus erst kürzlich in einer Sitzung der Berliner Medizinischen Gesellschaft als gänzlich unbekannt gebührend gekennzeichnet hatte.

+ + +
Aktienfund nach Jahren. Bei einer Revision im Tresor der Kammereikasse von Kelbra (Kyffh.) wurde ein vor mehreren Jahren verloren gegangenes Paket Kyffhäuser=Kleinbahnaktien im Wert von 60 000 Mark, das der Stadtverwaltung gehörte, aufgefunden. Als man seinerzeit den Verlust bemerkte, konnten die Aktien trotz monatelangem Suchens nicht gefunden werden. Dem damaligen Bürgermeister Lübig wurde der Prozess gemacht, er musste aber freigesprochen werden.

+ + +

240 000 Mark für eine Pressebeleidigung. Der "Evening Standard" ein Londoner Abendblatt des Beaverbrook-Konzerns, hat an den in England ansässigen Rumänen Barbu Jonescu 240 000 Mark Schadensersatz zu zahlen. Der "Evening Standard" hatte vor einiger Zeit eine Notiz gebracht, derzufolge Jonescu ein Jude polnischer Abstammung namens Leiba sei. Jonescu sah in der Notiz eine Beleidigung und klagte. Der Prozess, der auf beiden Seiten unter Heranziehung der kostspieligsten Rechtsanwälte geführt wurde, erhielt dadurch einen gewissen politischen Charakter, dass Jonescu ein intimer Freund des rumänischen Kronprinzen Carol ist, der von Jonescus Haus aus im Jahre 1928 den berühmten Versuch gemacht hat, nach Rumänien zurückzukehren. Die Zeugen, die sich der "Evening Standard" aus Rumänien verschrieben hatte, standen daher unter dem Verdacht der Bestechung durch die politischen Gegner Carols. Jedenfalls gelang es dem Blatt nicht, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung zu erbringen. Da die Kosten des Prozesses schätzungsweise nahezu eine halbe Million betragen, sind trotz dieser enormen Schadenersatzsumme die Kosten des Prozesses nur etwa zur Hälfte gedeckt. Der "Evening Standard", der bis jetzt aus dem schlechten Geschäft eine gute Reklame für sich machte, hat Berufung eingelegt.

+ + +
Die verkaufte Frau. Von der Pariser Strafkammer wurde der russische Emigrant Michael Leppik wegen tätlicher Bedrohung zu 100 Francs Geldstrafe verurteilt, weil er mit aller Gewalt aus seiner Frau mehr Geld herauszuschlagen wollte, als es selbst die französische Polizei erlaubt. Leppik hatte seine Frau an einen Landsmann regelrecht verkauft und die Absicht geäußert, mit dem Erlös eine Fahrkarte nach Amerika zu kaufen, um in der Neuen Welt das berühmte neue Leben anzufangen. Der Kaufpreis betrug genau 2101 Francs, wie sich aus dem Zeugenverhör ergab, bei dem der Käufer Alexander Michk aussagte: "Ich gab ihm 2000 Francs für die Reise nach Amerika, 100 Francs für neue Kleider und einen Franc für die Untergrundbahn." In Anerkennung für diese Summe erklärte sich Leppik einverstanden, dass seine Frau mit Michk zusammenlebte. Alle Drei, Verkäufer, Käufer und Gekaufte, sollen mit dem Geschäft sehr zufrieden gewesen sein - aber Leppik dachte garnicht daran, nach Amerika zu gehen. Er verbüßte sein Geld mit einer Geliebten und stellte, als er nichts mehr hatte, neue Forderungen an Michk, deren Ablehnung er mit Mord- und Totschlagsdrohung beantwortete. Es kam zur Anzeige und zur Gerichtsverhandlung. Leppik wollte sich mit der Erklärung herausreden, dass er das Geld nur gefordert habe, um seinem Sohn Violinenunterricht geben zu lassen. Das Gericht war aber unmusikalisch genug, um zur Verurteilung des Angeklagten zu gelangen.

+ + +
Schweres Verkehrsunglück bei Berlin. Gegenüber dem Bahnhof Lichtenfelde Ost bei Berlin stieß ein Motorrad gegen einen mit Steinen beladenen Lastautozug. Motorradfahrer und Beisitzerin, die der Kraftwagen überfuhr, wurden getötet. Ein Feuerwehrmann wurde bei dem Versuch, das Auto zu heben und die Leichen hervorzuziehen, durch ein Zurückrutschen des Lastautos schwer verletzt.

+ + +
Ein Lehrer als Giftmörder? Der Lehrer Centye in Kapolna (Siebenbürgen) hat seinem erkrankten Freunde in einem Nachbardorf, dem Landwirt Rusu, statt eines von dem Kranken erbetenen Heilpulvers gegen Magenleiden eine Sendung Gift geschickt, das den furchtbaren Schmerzenstod des Kranken hervorrief. Der Lehrer ist verschwunden und wird von der Staatsanwaltschaft steckbrieflich gesucht.

+ + +
Wiederbeginn der Düsseldorfer Mördersuche. In der Absicht, die Ermittlungen nach dem Massenmörder von Düsseldorf auf eine neue und möglichst erfolgreiche Basis zu stellen, sind die Berliner Kriminalisten, Kriminalrat Genna und Oberregierungsrat Dr. Kopp, wieder nach Düsseldorf gefahren.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 21. Febr., (Eig. Ber.)

Im preussischen Landtag wandte sich am Freitag in einer Erklärung ausserhalb der Tagesordnung Abg. Ponfick (Dt. Frak.) gegen Zwischenrufe, die ihm von der linken Seite des Hauses während einer Rede vor einigen Tagen gemacht wurden.

In der fortgesetzten Aussprache über den Etat des Landwirtschaftsministeriums erhielt das Wort

Abg. Hartwig-Stettin (Soz):

Alle Versuche, die Arbeit der Sozialdemokratie für die Landwirtschaft zu verkleinern, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir die Frage der Landwirtschaft als eine Angelegenheit der gesamten Nation ansehen. Aber wir lassen keinen Zweifel darüber, dass die Frage der Landwirtschaft nicht zu trennen ist vom Verbraucherschutz und der Hebung und Zusammenfassung der produktiven Kräfte in der Landwirtschaft. In dieser Hinsicht sind für uns massgebend die Richtlinien des sozialdemokratischen Agrarprogramms. Alle Versuche abzulenken, können nicht auslöschen, was in den letzten 10 Jahren unter massgeblicher Mithilfe der Sozialdemokratie unter dem "verruhten System der Republik" für die Landwirtschaft getan wurde. Ich erinnere an das sogenannte Ostprogramm, das den Deutschnationalen immer noch nicht genügt. Seine Durchführung ist natürlich abhängig von dem Erreichbaren. Es hat keinen Zweck, ungeheure Summen zu fordern ohne zu fragen, woher sie kommen sollen. Trotz der vom Grenzausschuss für den Osten bereitgestellten 75 Millionen Mk. verleumden und schimpfen die Deutschnationalen weiter. Im ganzen sind vom Reiche und von Preussen in den letzten Jahren für die Landwirtschaft insgesamt 1 838 Millionen, also beinahe 2 Milliarden RM., aufgewendet worden. (Stürmisches Hört, hört! bei den Soz) Das ist natürlich nach Ansicht der Kreise, die die Landwirtschaft politisch verhetzen wollen, nichts. Aber wir sind sicher, dass mehr und mehr die Anwürfe gegen die angeblich landwirtschaftsfeindliche Sozialdemokratie draussen im Lande angesichts dieser unbestreitbaren Tatsachen auf die Verleumder selbst zurückfallen. Ich stelle fest, dass der Vorsitzende des Pommerschen Landbundes, Herr Rannow, der ja Mitglied dieses Hauses ist, und der im Januar bei Eröffnung der Pommerschen Landbundtage zusammen mit dem Abg. von Rohr die Republik für die Not der Landwirtschaft verantwortlich machte, nicht einmal im Hauptausschuss den Mund aufhat, als über die Wahrung der landwirtschaftlichen Interessen im Osten gesprochen wurde. Wir Sozialdemokraten sehen unsere Arbeit für die Landwirtschaft an als die Erfüllung einer Pflicht am Volksganzen. Niemand bedauert mehr als wir, dass die im Jahre 1929 im Etat zur Förderung der Landwirtschaft eingesetzten 49 Millionen Mk. im diesjährigen Etat wegen der Schwierigkeiten der allgemeinen Finanzlage nicht mehr erscheinen.

Die Agrarkrise, die übrigens eine internationale Erscheinung ist, wirft die Frage der Produktion, der Preise und des Absatzes auf. Ob ein Roggenbrotgesetz helfen würde, lässt sich kaum übersehen. Die Tatsache, dass trotz billiger Getreidepreise für den Landwirt keine Verbilligung der Konsumentenpreise eingetreten ist, rückt die Frage nach Schaffung von Absatzorganisationen in den Vordergrund. (Sehr wahr! bei den Soz) Die Leidtragenden des ausgedehnten Zwischenhandels sind Verbraucher und Produzenten. Diese Tatsache sollte die Landwirtschaft anspornen, in direkten Verkehr mit den Verbrauchern bzw. den Konsumgenossenschaften zu treten. Aber hier fehlt es am guten Willen, durch solche Massnahmen die Preise zu regulieren, weil man den Zwischenhandel nicht ruinieren will. Ein Stettiner Viehhändler hat im vorigen Jahre bei einem Jahresumsatz von 170 000 Mk. allein 68 000 Mk. Reingewinn gehabt. (Hört, hört! bei den Soz)

Diese unzweckmässige Güterverteilung und Organisation der Warenbewegung hat nach einem objektiven wissenschaftlichen Urteil der Landwirtschaft bisher im jährlichen Durchschnitt 2,5 Milliarden Mk. Schaden verursacht (Hört, hört! bei den Soz.)

Was hat der deutschnationale Vertreter der Grossgrundbesitzer Abg. von Plehwe auf unsere Vorschläge zur Durchführung solcher durchgreifenden Massnahmen zu sagen? Er will den Arbeitslosen einen Teil der Unterstützung in Roggenbrottscheinen geben! Ein solcher Gedanke kann nur einer kasernenmässigen Ideologie entspringen (sehr wahr! bei den Soz.). Nein, der Schlüssel zur Beseitigung der Not der Landwirtschaft liegt in der Hebung der allgemeinen Kaufkraft. (Sehr wahr bei den Soz.). Daran ist freilich solange nicht zu denken, solange man sich nicht mit den Arbeiterorganisationen an einen Tisch setzt, solange man Tarifverträge ablehnt und Lohnstreitigkeiten nur auf dem Arbeitsgericht austrägt. (Sehr wahr! bei den Soz.).

Mit der reaktionären Einstellung des Landbundes zum Staat ist der Landwirtschaft nicht gedient. Ihr ist nicht zu helfen mit Produktionsstreikparolen des Herrn von Rohr und auch nicht durch Beschlüsse, wie sie erst kürzlich in Anklage gefasst wurden, die die Bauernschaft auffordern, zu Abwehrmassnahmen zu schreiten und nur noch für den notwendigsten Bedarf zu arbeiten. (Unerhört! bei den Soz.) Die Landwirtschaft muss erkennen, dass sie nicht durch politisch reaktionären Kampf gegen den neuen Staat vorwärts kommt, sondern nur zusammen mit der deutschen Arbeiterschaft durch die Organisierung des Absatzes, durch die Verkürzung des Weges der Ware vom Produzenten zum Konsumenten.

In dieser Arbeit, die zugleich der deutschen Landwirtschaft und der Arbeiterschaft dient, wird sich die Sozialdemokratie durch kein Geschrei und durch keine politische Verhetzung der Rechtsparteien abhalten lassen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Gauger (Dntl.) stellt fest, dass der Krieg der schlimmste Feind der Landwirtschaft ist. Noch schlimmer aber sei die Folge des Krieges, die eine Scheidewand zwischen Land- und Stadtbevölkerung aufgerichtet habe. Immerhin müsse festgestellt werden, dass jetzt die städtische Bevölkerung der Landwirtschaft nicht mehr so unsympatisch gegenüberstehe wie früher. Schaffung von Absatzorganisationen sei wünschenswert, doch müsse hier der Staat die Initiative ergreifen. Dem Roggenproblem könne man nicht durch eine Verringerung der Anbaufläche zu Leibe gehen, da Landwirte nur das anbauen könnten, was der Boden trägt. Die Bevölkerung sollte mehr Roggenbrot essen! (Zuruf links! Sie wollen höhere Zölle!) Zölle sind belemmert, wir wollen 10 Mk. für den Zentner Roggen!

Hierauf wird die Aussprache unterbrochen, um die Abstimmung über die Misstrauensvoten der Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen gegen den Ministerpräsidenten Dr. Otto Braun vorzunehmen.

Die namentliche Abstimmung über den Antrag der Wirtschaftspartei, dem Ministerpräsidenten wegen der Berufung des sozialdemokratischen Kultusministers Grimme das Vertrauen zu entziehen wird mit 217 gegen 198 Stimmen abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wird der deutschnationale Antrag, den Ministerpräsidenten wegen der Zustimmung Preussens zum deutsch-polnischen Abkommen im Reichsrat das Vertrauen zu entziehen mit 217 gegen 198 Stimmen (Lebhafte Beifall bei den Regierungsparteien, Pfui-Rufe rechts). Für die Anträge stimmten die Rechtsparteien und Kommunisten, dagegen die Regierungsparteien.

Inzwischen ist im Hause eine Erklärung aus dem Kreise volksparteilicher Abgeordneten bekannt geworden, wonach die Fraktion der D.V.P. im Landtag mit der Zustimmung zum Misstrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten wegen des Liquidationsabkommens mit Polen nicht habe der Entscheidung der volksparteilichen Reichstagsfraktion vorgreifen wollen. Für eine solche Entscheidung sei nur die Reichstagsfraktion zuständig. Es seien lediglich preussische Inten-

ressen gewesen, die die Stellungnahme der volksparteilichen Landtagsfraktion bedingten.

Es folgen die Abstimmungen über die zum Etat des Finanzministeriums gestellten Anträge. Dabei werden alle Streichungsanträge abgelehnt. Angenommen werden u.a. die Anträge, das Berufsbeamtentum im bisherigen Umfange zu erhalten und der sozialdemokratische Antrag, einen Teil der Bürostellen des einfacheren Dienstes grundsätzlich den Kanzleibeamten zu reservieren. Ebenso soll ein Beamtenfürsorgegesetz erlassen werden. Der Antrag der Wirtschaftspartei auf Streichung sämtlicher Unterstützungsfonds für Beamte um 50 % und auf Kürzung der Notstandsbeihilfe für Beamte um 10 % wurde abgelehnt. Abgelehnt wurde auch gegen die Linke der kommunistische Antrag, bei der Reichsregierung auf Beseitigung der Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte hinzuwirken. - Hierauf wird die Aussprache über den Etat des Landwirtschaftsministeriums fortgesetzt.

Abg. Hagemann (Ztr.) erklärt, dass die vom Finanzminister genannten Zahler über die Verschuldung der Landwirtschaft zu niedrig seien. Angesichts der passiven Handelsbilanz müsse die Einfuhr von Waren, die Deutschland selbst herstellt eingeschränkt werden. Notwendig sei eine vernünftige Zollpolitik und eine richtige Bemessung der Werthöhe der Einfuhrscheine. Durch Abbau der sozialen Lasten könne man der Landwirtschaft nicht helfen, sondern nur die Landflucht fördern.

Abg. Kahmann (Komm.) meint, dass alle Hilfsmassnahmen dem Kleinbesitz nichts helfen. Sie würden auch von Absatzgenossenschaften keinen Vorteil haben. Die Sozialdemokraten seien die Interessenvertreter des Grossgrundbesitz.

Abg. Iversen (DVP) tritt für Hilfsmassnahmen durch die Regierung zur Beseitigung der Not der Landwirtschaft im Norden Schlesiens ein.

Nach Ausführungen des Abg. Borgmann (Dt.-Hann.) wird die weitere Aussprache auf Sonnabend 10 Uhr vertagt.

Landtags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 21. Februar (Eig. Ber.).

Der Preussische Landtag lehnte am Freitag sowohl den Misstrauensantrag der Wirtschaftspartei als auch den Misstrauensantrag der Deutschnationalen gegen den Ministerpräsidenten Otto Braun in namentlicher Abstimmung ab. Beide Majoritäten stimmten mit 198 Stimmen alle Rechtsparteien und die Kommunisten für die Misstrauensvoten. Die Regierungsparteien stimmten mit 217 Stimmen dagegen. Die Volkspartei stimmte auch für das zweite Misstrauensvotum, das die Deutschnationalen wegen der Zustimmung Preussens zum Deutsch-Polnischen-Liquidationsabkommen im Reichsrat gegen den Ministerpräsidenten eingebracht hatten, obwohl Reichsaussenminister Dr. Curtius sich im Reichstag für die Annahme desselben bemüht. Diese widerspruchsvolle, bei der volksparteilichen Landtagsfraktion allerdings nachgerade zur Gewohnheit gewordene Haltung wurde aus Kreisen der volksparteilichen Landtagsfraktion damit erklärt, dass man damit der Entscheidung der volksparteilichen Reichstagsfraktion keineswegs vorgreifen wolle. Ihre Haltung sei nur aus rein preussischen Interessen heraus zu erklären.

Der Landtag setzte ferner die am Mittwoch abgebrochene 2. Lesung des Landwirtschaftsetats mit einer zweiten Rednerreihe fort, die der Sozialdemokrat Abg. Hartwig-Stettin eröffnete. Der Redner hob noch einmal hervor, dass die Frage der Landwirtschaft nicht als eine reine Agrarfrage, sondern nur im Zusammenhang mit der gesamten deutschen Volkswirtschaft zu betrachten ist. Von dieser grundsätzlichen Einstellung der Sozialdemokratie und ihres Agrarprogramms aus kann die Notlage der Landwirtschaft nur beseitigt werden durch die enge Verbindung von Produzenten und Konsumenten landwirtschaftlicher Produkte. Solange

die Landwirtschaft sich nicht selbst rührt, um durch Absatzorganisationen unter Mitwirkung der genossenschaftlichen Konsumentenorganisationen, wie G.E.G. usw., unmittelbar an die städtische Verbraucherschaft heranzukommen, können ihr auch staatliche Hilfsmassnahmen und Subventionen nicht helfen. Sind es doch nach objektiv wissenschaftlicher Schätzung jährlich rund 2.5 Milliarden Mark, die jetzt durch den Zwischenhandel, d.h. also durch unzweckmässige Güterverteilung und Organisation der Warenbewegung der deutschen Landwirtschaft verloren gehen. Dabei sind in den letzten Jahren vom Reich und Staat insgesamt 1.838 Millionen, also beinahe 2 Milliarden Reichsmark, allein für die Landwirtschaft zur Verfügung gestellt worden. Ist die Hebung der Kaufkraft sicher eines der Mittel, den Absatz landwirtschaftlicher Produkte zu heben, so muss doch festgestellt werden, dass namentlich der Grossgrundbesitz seinerseits das wenigste dazu tut, dieses Ziel zu erreichen. Denn nicht zuletzt ist er es, der sich am standhaftesten weigert, höhere Löhne zu zahlen und sich mit Arbeiterorganisationen zum Abschluss von Tarifverträgen an einen Tisch zu setzen und es dafür vorzieht, Lohnstreitigkeiten auf dem Arbeitsgericht auszutragen.

Die Redner der anderen Parteien wiederholten im grossen und ganzen, was schon die Vorredner der ersten Rednerreihe ausgeführt hatten. — Schliesslich stimmte das Haus noch über die zum Etat des Finanzministeriums gestellten Anträge ab. Dabei wurden alle Streichungsanträge abgelehnt, u.a. auch der Antrag der Wirtschaftspartei sämtliche Unterstützungsfonds für Beamte um 50 %, und die Notstandsbeihilfen für Beamte um 10 % zu kürzen. Angenommen wurde ein Antrag, das Berufsbeamtentum im bisherigen Umfange zu erhalten und der sozialdemokratische Antrag, einen Teil der Bürostellen des einfacheren Dienstes grundsätzlich den Kanzleibeamten zu reservieren.

Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr: Tagesordnung: Weiterberatung des Landwirtschaftsetats.

Gewerkschaftliche Rundschau

Der gordische Knoten.

SPD. Die Besprechung des Reichsfinanzministers mit den Sozialpolitikern der Regierungsparteien brachten keine Lösung des heiss umstrittenen Problems: Deckungsfrage und Arbeitslosenversicherung. In der Beitragsfrage, beim Notopfertorschlag und in den Bestrebungen zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung durch Heranziehung der Angestellten- und Invalidenversicherung ist noch alles in der Schwebe. Es lohnt sich nicht, sich noch einmal mit all den verschiedenen Sanierungsrezepten auseinanderzusetzen. Jetzt hat die Reichsregierung das Wort. Ihr muss der Finanzminister nunmehr die notwendigen Vorlagen zur Deckung des Defizits unterbreiten. Hoffentlich kommt er dabei los von dem unmöglichen Plan, in irgendeiner Form die Reichsanstalt zu zwingen, im Wege einer neuen "Reform" ihre Sanierung zu bewerkstelligen. Allem Anschein nach hängt er noch immer an dieser Idee; denn es verlautet, dass er der Reichsanstalt selbst die Aufgabe ihrer Sanierung auferlegen wolle.

Die Sanierungsfrage ist eine politische Frage. Der Versuch, bei ihrer Lösung den politischen Einfluss der Arbeiter ausschalten zu wollen, schafft nur neue Komplikationen. Das aber ist die Folge des Bestrebens des Reichsfinanzministers, in der Uebernahme eines Teils der Arbeitslosen-Lasten durch das Reich auszuweichen. Zu diesem Plan Dr. Moldenhauers nimmt jetzt auch die Gewerkschaftszeitung, das Organ des ADGB, in ihrer neuesten Nummer Stellung. Sie schreibt: "Hinter diesem Plan lauert - nahezu unverhüllt, eine neue "Reform" der Arbeitslosenversicherung, die vollenden soll, was den Gegnern der Arbeitslosenversicherung bei der Aenderung des Gesetzes im vergangenen Herbst zu wünschen übrig blieb. Das Projekt verlegt die Kämpfe um eine solche Reform in die Reichsanstalt und stellt damit - unter der heuchlerischen Maske einer Erweiterung der Selbstverwaltung und der Entpolitisierung der Arbeitslosenversicherung - der sozialpolitischen Selbstverwaltung eine Aufgabe, die ihrem Wesen widerspricht, die von ihr in ihrem gegenwärtigen Aufbau zum mindesten nicht ohne Schaden für die Sache bewältigt werden kann. Der Plan greift somit nicht nur tief ein in das Problem der Selbstverwaltung der Reichsanstalt, sondern ist von weitreichender Wirkung für die gesamte Struktur des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Damit überschreitet er in seinen Konsequenzen weithin die Grenzen, in denen das Finanzministerium, auf dessen Initiative der Vorschlag zurückzuführen ist, über schwerwiegende Fragen der Sozialpolitik zu befinden haben sollte. Es ist eine seltsame Staatsmannskunst, die in dieser Zeit grösster innerpolitischer Spannungen Gedanken hervorbringt, die scharfen Gegensätzen neue Nahrung geben, statt ihre Aufgabe in der Beseitigung der Gefahrenherde für soziale Konflikte zu sehen."

Der Reichsfinanzminister versucht, wie "Der Deutsche" mit Recht hervorhebt, immer wieder, sein ursprüngliches Programm "etwas anders frisiert" durchzusetzen. Das Organ der christlichen Gewerkschaften betont, dass es sehr schnell zu einer Krise komme, wenn die hinter dem Finanzminister stehenden Kreise nicht bereit seien, den Arbeitnehmern entgegenzukommen. Die Arbeitnehmerschaft und ihre politische Vertretung könnten, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wollten, der von Moldenhauer eingeschlagenen finanzpolitischen Linie unter keinen Umständen zustimmen. Die Schwierigkeiten seien lediglich durch die überspannte Einseitigkeit der ministeriellen Deckungsvorschläge entstanden.

Den Finanzminister hätte eigentlich das Echo seiner Pläne bedenklich stimmen sollen; es sei lange nicht eine derart einheitliche Ablehnung zu verzeichnen gewesen, wie sie der Vorschlag Moldenhauers, die Sozialversicherung zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung heranzuziehen, erfahren habe. Wie wenig der Finanzminister seine Pläne durchdacht habe, ergebe sich aus der Tatsache, dass die 25 Millionen, die die Invalidenversicherung für den Ankauf von Reichsbahnvorzugsaktien verwenden will, nur aufgebracht werden können, wenn keine anderen öffentlichen Wertpapiere gekauft werden. Das habe sich jetzt herausgestellt, nachdem der Finanzminister endlich mit den Landesversicherungsanstalten Fühlung genommen habe.

Merkwürdig, höchst merkwürdig berührt die Hartnäckigkeit, mit der immer wieder durch Heranziehung der Sozialversicherung eine Lösung der Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung versucht wird. Mit diesem Rezept ist praktisch eine wirkliche Lösung nun einmal nicht zu schaffen. Niemand wird behaupten wollen, dass dadurch, dass die Angestelltenversicherung für 1930 rund 50 Millionen, für 1931 noch 50 Millionen und die Invalidenversicherung 25 Millionen für den Kauf von Eisenbahnvorzugsaktien zur Verfügung stellen, die Sanierungsfrage gelöst wäre. Für die Deckung des Defizitbetrags, der nach einer freiwilligen Hilfe der Angestellten- und der Invalidenversicherung noch bleibt, gibt es nichts anderes als Reichshilfe und Beitragserhöhung. Nur für Leute, die eine "Reform" der Arbeitslosenversicherung erzwingen wollen, ist es eine Unmöglichkeit, den auch nach einer freiwilligen Hilfe der Sozialversicherungsträger und nach einer Beitragserhöhung auf 4% ab Juli noch verbleibenden Fehlbetrag durch das Reich tragen zu lassen. Wer keine Reichshilfe, keine Beitragserhöhung und auch kein allgemeines Notopfer - es kann unmöglich auf die Festbesoldeten beschränkt bleiben - will, der will keine Verständigung.

SPD. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen stieg in der vergangenen Woche in der Versicherung um rund 30 000 auf 2 290 000. Gegenüber dem Vorjahr haben wir in der Versicherung 50 000 Hauptunterstützte weniger. Westfalen hat infolge der verhältnismässig guten Beschäftigung im Bergbau und der Grossindustrie die günstigste Arbeitslosenziffer. Nach den neuesten Zählungen werden jetzt aber auch im Bergbau Feierschichten eingelegt und Entlassungen vorgenommen. Am schlimmsten ist die Lage nach wie vor in Sachsen.

Im Vorjahr war am gleichen Zeitpunkt bereits eine Besserung zu verzeichnen.

Die Statistik der Sperrfristen in der Arbeitslosenversicherung weist für das gesamte Reich 24 000 Sperrungen auf, die im Laufe des Monats Januar vorgenommen wurden. Rund 16 500 Sperrfristen wurden verhängt auf Grund des Paragraphen 93 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, wonach derjenige, der seine Arbeitsstelle ohne wichtigen oder berechtigten Grund aufgegeben oder durch sein Verhalten, das zur fristlosen Entlassung berechtigt, verloren hat, für die ersten vier Wochen der Arbeitslosigkeit, die danach eintritt, keine Arbeitslosenunterstützung erhält. Rund 7 000 Sperrfristen entfallen auf die Paragraphen 90,1; danach erhält derjenige, der sich ohne berechtigten Grund trotz Belehrung über die Rechtsfolgen weigert, eine Arbeit anzunehmen oder anzutreten, auch wenn sie ausserhalb seines Wohnorts zu verrichten ist, für die Dauer der auf die Weigerung folgenden vier Wochen keine Arbeitslosenunterstützung. Der Rest der Sperrfristen entspringt den Bestimmungen des Paragraphen 92,1, der folgendermassen lautet: Wer sich ohne berechtigten Grund weigert, sich einer Berufsumschulung oder -fortbildung zu unterziehen, die geeignet ist, ihm die Aufnahme von Arbeiten zu erleichtern, ohne dass ihm dadurch Kosten erwachsen, erhält für die Dauer der auf die Weigerung folgenden vier Wochen keine Arbeitslosenunterstützung.

Die Sperrfristenstatistik zeigt zweierlei: erstens bestätigt sie, dass

die Kontrolle zum Schutz der Arbeitslosenversicherung gegen Missbrauch funktioniert; zweitens liefert sie den Beweis, dass von unerhört grossen Missbräuchen in der Versicherung keine Rede sein kann; denn 24 000 Sperrfristen bedeuten nicht viel bei einer Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in Höhe von rund 2 1/2 Millionen. Eine neue "Reform" der Reichsversicherung, die der Reichsfinanzminister Moldenhauer erzwingen möchte ist zur Ausrottung von Missbräuchen nicht nötig. Wer dennoch reformieren will, der will nur die Leistungen abbauen.

SPD. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas bereist zur Zeit den Balkan. Er besucht Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien und Griechenland. Er weilt augenblicklich in Bukarest. Am 24. trifft er in Sofia, am 27. in Belgrad und am 4. März in Athen ein.

Seine Reise hat keine aussergewöhnliche Veranlassung; sie ist eine der üblichen Touren des Direktors, auf denen er vor allem die Ratifikationspolitik der Regierungen vorwärts zu treiben versucht. Trotzdem darf man der Balkanreise des Chefs des Internationalen Arbeitsamtes eine gewisse Bedeutung beilegen. In den Balkanländern ist die Sozialpolitik noch arg im Rückstand, und die Gewerkschaften haben vielfach unter allerhand Schikanen der Regierungen zu leiden. Rumänien ist z.B. ein "eifriges" Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes. Es rühmt sich, die Washingtoner Konvention über den Achtsturentag ratifiziert zu haben. Die Unterstützung der Arbeitslosen bleibt jedoch, wie der Internationale Gewerkschaftsbund feststellt, auch heute noch in Rumänien den Gemeinden und der öffentlichen Wohltätigkeit überlassen, obwohl die Arbeitslosigkeit ständig zunimmt. Erst in der jüngsten Zeit hat sich die Regierung entschlossen, einen ausserordentlichen Kredit für die Arbeitslosen aufzunehmen. In Jugoslawien werden die Gewerkschaften nach der Ankunft Thomas eine besondere Tagung veranstalten, um ihren Forderungen und Beschwerden vor der Öffentlichkeit Ausdruck zu verleihen. Die Gewerkschaften rechnen damit, dass Thomas bei der jugoslawischen Regierung Gelegenheit findet, zu Gunsten der Arbeiterforderungen zu intervenieren. Seit Jahren haben die Gewerkschaften Jugoslawiens einen schwierigen Stand und naturgemäss haben sich die Verhältnisse unter der Diktatur nicht zu ihrem Vorteil verbessert. Umso erfreulicher ist die Rückkehr Topalowitschs aus Genf; denn sie bedeutet vor allem in der Arbeitslosenkommission immerhin für die Gewerkschaften eine kräftigere Respektierung ihrer Wünsche.

SPD. Weit über 200 Gewerkschaftsfunktionäre der Leuna-Werke, vor allem Vertrauensleute der Verbände der Fabrik-, Metall- und Bauarbeiter sowie des Maschinisten- und Heizerverbandes haben dieser Tage zu der bevorstehenden Betriebsrätewahl im Werk Stellung genommen. Nach Vorträgen von Adler-Hannover (Fabrikarbeiter-Verband) und vom Betriebsratsvorsitzenden Walther (Metallarbeiterverband) wurde einstimmig der Gewerkschaftsfraktion im Betriebs- und Arbeiterrat das Vertrauen und der Dank für ihre Tätigkeit ausgesprochen. Ebenso einstimmig wurden die Arbeiten zur Betriebsrätewahl und die Betriebsräteliste anerkannt. Eine kurz darauf stattgefundene Versammlung der revolutionären Opposition war, obwohl man aus der ganzen Umgebung, aus Weissenfels, Leipzig und Halle die Anhänger nach Merseburg gerufen hatte, von rund 100 Personen besucht. Der bisherige Betriebsratsvorsitzende, Reichstagsabg. Schmidt hatte alle Mühe, die offenkundige Pleite zu verbergen.



Neuordnung im Agrarkredit.

SPD. Mit der geplanten Beseitigung der sogenannten Rentenbankbelastung der deutschen Landwirtschaft ist auch eine Umgestaltung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt in der Weise verbunden, dass sie das gesamte Eigenvermögen der Deutschen Rentenbank übernimmt und ihr im übrigen eine Garantie des Reichs dafür gegeben wird, dass im Laufe der nächsten Jahre ihr gesamtes Kapital einschliesslich der gesetzlich vorgeschriebenen ordentlichen Reserve den Betrag von 500 Millionen RM erreicht. Da gleichzeitig mit dem Ende dieses Jahres die Zulassung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt zum Betrieb des landwirtschaftlichen Personalkreditgeschäftes auf Grund der geltenden Gesetzgebung abläuft, ist wiederholt in der Öffentlichkeit die Forderung aufgestellt worden, die Organisation der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt zu ändern. Tatsächlich erscheint eine solche Änderung dringend erwünscht.

Zunächst ist erforderlich, dass bei diesem Institut der Einfluss des Reiches wesentlich gestärkt wird und der Reichsregierung Aufsichtsbefugnisse eingeräumt werden, die es ihr gestatten, die Geschäftsführung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt massgeblich zu beeinflussen. Eine solche Änderung erscheint insbesondere darum erforderlich, weil die gegenwärtige Geschäftsführung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt die produktiven Aufgaben, die dieser landwirtschaftlichen Zentralbank bei ihrer Gründung zugewiesen wurden, in den vier Jahren ihres Bestehens sträflich vernachlässigt und stattdessen eine Kreditpolitik getrieben hat, deren Unwirtschaftlichkeit heute allgemein erkannt wird und die jedenfalls für den Produktionsfortschritt in der deutschen Landwirtschaft völlig bedeutungslos geblieben ist. Schliesslich erscheint eine solche Staatsaufsicht darum erforderlich, weil die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt in ihrer leichtsinnigen Kreditgewährung an die Getreidekreditbanken des sogenannten freien Getreidehandels erhebliche Beträge verloren hat und solche Verluste für die Zukunft vermieden werden müssen, wofür die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung in der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt keinerlei Gewähr gibt.

Ist die Verstärkung der Reichsaufsicht bei der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt die eine unserer Forderungen, so muss ausserdem eine Verstärkung des genossenschaftlichen Einflusses bei diesem Unternehmen gefordert werden, der an die Stelle des Einflusses der berufsständischen wirtschaftspolitischen Organisationen, also des Landbundes und des Deutschen Landwirtschaftsrats treten muss. Denn erstens ist das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, wie die Rentenbank-Kreditanstalt selbst zugeben muss, heute unter allen Einrichtungen des Agrarkredits die einzige, die wirklich lebensfähig ist und ihre Schlagkraft gerade in den letzten 2 Jahren unter Führung der Preussenkasse wirksam hat erhöhen können. Zweitens zeigt sich, dass in allen Landesteilen die übrigen Agrarkreditinstitute mehr und mehr zugunsten des Genossenschaftswesens an Bedeutung verlieren. Schliesslich stellt das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen heute die umfassendste landwirtschaftliche Organisation überhaupt dar, in der auch die verschiedenen wirtschaftspolitischen Strömungen ausreichend vertreten sind.

Diese Verstärkung des genossenschaftlichen Einflusses muss mit einer besseren Arbeitsteilung zwischen den beiden Zentralkreditinstituten der deutschen

Landwirtschaft, der Rentenbank-Kreditanstalt und der Preussenkasse, Hand in Hand gehen. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, dass die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt ihre Betätigung im landwirtschaftlichen Personalkredit endgültig aufgibt, die heute ausstehenden Personalkredite in Abzahlungskredite verwandelt (die im Laufe der nächsten 5 Jahre zu tilgen wären) und sich auf den Realkredit und die besondere Pflege der Finanzierung von Siedlung und Meliorationen zurückzieht.

Damit würde der deutschen Landwirtschaft in der Rentenbank-Kreditanstalt ein nützliches Kreditinstitut geschaffen werden. Heute ist sie tatsächlich im wesentlichen nur Abwicklungs- und Durchleitungsstelle für unproduktive Realkredite und stellt im landwirtschaftlichen Personalkredit eine Ueberorganisation dar, die einer Reihe von schwachen landwirtschaftlichen Kreditinstituten künstlich eine Rentabilität und einen Geschäftsumfang ermöglicht, die sie aus eigener Kraft nicht aufrecht erhalten könnten und für die ein ernsthaftes Bedürfnis nicht besteht.

Selbstverständlich widersetzt sich die kleine agrarische Clique, die in Deutschland in der Agrarpolitik den Ton noch immer anzugeben versucht, derartigen Versuchen planmässiger Reform des Agrarkredits. Dennoch muss eine solche Reform angestrebt werden, mögen auch einige zu dieser Clique zählenden Herren auf diese Weise um einen viel zu grossen und sachlich unberechtigten Einfluss in der Geschäftspolitik des landwirtschaftlichen Agrarkredits gebracht werden.

SPD. Der durchschnittliche Wochenumsatz je Mitglied wird in den dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Konsumgenossenschaften für den Monat Januar mit 8,36 Mark angegeben gegenüber 10,90 Mark im Dezember 1929. Der Rückgang dürfte sich in erster Linie dadurch erklären, dass sich die Zahl der Mitglieder bei den berichtenden Konsumvereinen (1 682 426) um fast 104 000 gegenüber dem Kalenderjahr 1929 vermehrt hat. Diese Mitgliedervermehrung ist natürlich mit dem Beginn des neuen Kalenderjahres bei der Wochenumsatzberechnung zu berücksichtigen, wodurch eine gewisse rechnermässige Beeinträchtigung des durchschnittlichen Wochenumsatzes eintritt.

Aber auch wenn die sich im Umsatz noch nicht auswirkende Vermehrung der Mitgliederzahl der deutschen Konsumgenossenschaften berücksichtigt wird, verdient der Rückgang des Umsatzes vom Dezember 1929 zum Monat Januar 1930 Beachtung. Im Vergleich zum Monat Januar 1929 stellt sich der durchschnittliche Wochenumsatz der deutschen Konsumgenossenschaften um 53 Pfennige niedriger. Er sank von 8,89 Mark im Januar 1929 auf 8,36 Mark im Januar 1930. Seit der Stabilisierung der deutschen Währung ist es das erstemal, dass der durchschnittliche Wochenumsatz des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine bei der Gegenüberstellung des im gleichen Monat des Vorjahrs erzielten Durchschnittsumsatzes eine Verringerung aufweist. Die Entwicklungslinie des konsumgenossenschaftlichen Umsatzes lässt also eine kleine Abwärtsneigung erkennen. Die Einflüsse des wirtschaftlichen Niedergangs offenbaren sich damit auch in der Umsatzentwicklung der deutschen Konsumgenossenschaften. In einzelnen Revisionsverbänden, in denen die Arbeitslosigkeit nicht in der schärfsten Form auftritt, haben allerdings die Folgen des Kaufkraftmangels der Verbraucher bisher einen Rückgang des konsumgenossenschaftlichen Umsatzes noch nicht herbeigeführt.

SPD. Amerikanische und holländische Blätter bringen die Nachricht, wonach Verhandlungen zwischen dem holländisch-englischen Shellkonzern und der nordamerikanischen Standard Oil über eine monopole Belieferung Deutschlands mit Benzin im Gange seien. Für das Monopol wollten die beiden Konzerne Deutschland eine Anleihe nach dem Muster der Kreugeranleihe in Höhe von 1 Milliarde

Mark zur Verfügung stellen. Dazu wird vom Reichsfinanzministerium erklärt, dass es weder mittelbar noch unmittelbar von solchen Verhandlungen wisse bzw. daran beteiligt sei. Allerdings hat man sich vor geraumer Zeit im Reichsfinanzministerium mit dem Gedanken beschäftigt, die Benzineinfuhr nach Deutschland in Form von Finanzzöllen zur Ueberwindung der Finanzmisere des Reiches heranzuziehen. Eine nähere Ventilierung hat der Gedanke unseres Wissens bis jetzt aber nicht erfahren.

SPD. Das Zentrum hat in den letzten Wochen eifrig für die Idee Stimmung gemacht, in den Bau- und Wohnungsorganisationen festeren Fuss zu fassen. Dass dabei nicht ohne gehässige Angriffe gegen die den freien Gewerkschaften nahe- stehenden Bau- und Wohnungsorganisationen abgeht, versteht sich wohl von selbst. Jetzt scheint das Zentrum in Süddeutschland im Begriff zu sein, auf dem Bau- markt eine grössere Position auszubauen.

Nach einer Veröffentlichung des "Neckar-Echo" zu Heilbronn sind die Ver- waltungsinstanzen der "Gemeinschaft der Freunde" für den 21. Februar nach Stutt- gart zu einer Reihe von Sitzungen einberufen worden. Die "Gemeinschaft der Freun- de" ist die grösste deutsche Bausparerorganisation. In Stuttgart soll über die zukünftige Entwicklung der Organisation entschieden werden. Nach den Mittei- lungen des "Neckar-Echo" handelt es sich darum, die Gemeinschaft der Freunde mit dem Zentrum zusammenzubringen. Die entsprechenden Verträge sollen bereits fertig vorliegen. Sie bezwecken die Annäherung von katholischen Verbänden an die Gemeinschaft der Freunde. Die Gemeinschaft der Freunde erwartet von diesem Zusammenschluss eine starke Neubelebung des Geschäftes, die sie, nach allem, was man von dieser Gemeinschaft in der letzten Zeit gehört hat, nötig haben wird. Die Unzufriedenheit der Bausparer in der Gemeinschaft der Freunde scheint näm- lich so gross geworden zu sein, dass sie nur durch Zustrom neuer Gelder und die damit verbundene alsbaldige Zuteilung behoben werden kann. Man klagt, dass Bau- sparer aus dem Jahre 1924/25 noch unberücksichtigt geblieben seien, während Spar- er aus dem Jahre 1927/28 bereits Zuteilungen erhielten. Daran trage das System der geschossenen Jahresgruppen schuld. Der grösste Fehler wird aber wohl sein, dass die Bausparer in der Organisation der "Gemeinschaft der Freunde" über- haupt nichts zu sagen haben.

Natürlich leisten die katholischen Verbände die Hilfe für die "Gemein- schaft der Freunde" auch finanziell nicht umsonst, denn die Verträge sollen ih- nen u. a. anteilige Provisionen für alle Anträge zubilligen, die durch die ka- tholischen Verbände gehen. Die dem Zentrum nahestehenden Verbände sollen auch in der Gesellschaft mit beschränkter Haftung und im Aufsichtsrat der "Gemein- schaft der Freunde" nicht weniger als 14 Stimmen erhalten. Das bedeutet eine weitere Beeinträchtigung der alten Bausparer, über die sich die Aufsichtsbe- hörden nun doch äussern müssten.

SPD. Nach der Schweinezählung im Dezember 1929 sind die Bestände in Preussen gegenüber Dezember 1928 um 133 000 Stück = 1 % und gegenüber Dezem- ber 1913 um 1,789 Millionen Stück = 11,5 % zurückgegangen. Der Rückgang trifft jedoch weniger die Nachzucht. Der Anteil der schlechtreifen Tiere fiel, vergli- chen mit Dezember 1928, von ungefähr 1/3 auf 1/4, der Anteil der Nachzucht (Ferkel und Läufer) stieg auf fast 2/3 des Gesamtbestandes. Demnach ist für die kommenden Monate aus der heranwachsenden Nachzucht ein stärkeres Angebot von Schlachtschweinen zu erwarten.

Börsenbericht

für die Woche vom 17. bis 22. Februar.

SPD. Die Situation an der Berliner Börse ist für die verfllossene Woche dahin zu beurteilen, dass niemand Aktien kaufen will, alle aber Aktien verkaufen wollen. Die Berufsspekulation wendet sich deshalb dem Fix-Geschäft zu, d. h. man verkauft Aktien, die man gar nicht besitzt, in der Hoffnung, sie später angesichts der abgleitenden Kurse billiger kaufen und liefern zu können. Die Spekulanten werden also Baissiers. Darauf ist ohne Zweifel der starke Rückgang aller Aktienkurse in den letzten Wochen zurückzuführen. Hinzu kommen noch Sondervorgänge bei zahlreichen Gesellschaften (Dividendenkürzungen und dergleichen), die natürlich verstimmen. So konnten trotz günstiger Faktoren allgemeiner Art - es sei auf die ununterbrochen anhaltende starke Geldflüssigkeit verwiesen - keine Tendenzbesserung eintreten. Wohl kommt es zeitweise zu Kurserholungen. Das hat aber seine besonderen Gründe und ist darauf zurückzuführen, dass Baissespekulanten von ihren Käufern zur Lieferung der schuldigen Aktien gedrängt werden. Die Baissiers müssen sich dann zu jedem Preis eindecken; wenn dann kein ausreichendes Angebot vorhanden ist, müssen sie höhere Preise bewilligen, um ihren Lieferungsverpflichtungen nachzukommen. Das stützt natürlich den Kurs vorübergehend. Gegenüber "Belebungserscheinungen" an der Börse ist also Vorsicht geboten.

Die Börsenverlustliste für die abgelaufene Woche ist ziemlich beträchtlich. Siemens, die in der zweiten Februarwoche von 272 auf 261 % gesunken waren, gaben bis 255 % weiter nach, konnten sich dann allerdings wieder - bis Freitag 260 % - erholen. In Siemensaktien haben ohne Zweifel grosse Verkäufe des Auslandes stattgefunden. Das Ausland scheint sich von Siemensaktien zu trennen und sich die Stücke der neuen Siemensanleihe zu beschaffen. Diese sind billiger als Siemensaktien, erhalten aber die gleiche Dividende. Diese Kehrseite der ewigen Siemensanleihe ist also wenig erfreulich.

Noch stärker war der Rückgang bei der Aku (Allgemeene Kunstzijde Unie). Der Kurs ging von 115 bis auf 107 % herunter. Am Freitag erholte er sich auf Deckungskäufe hin bis auf 113 %. Die Erkenntnis, dass sich die Kunstseidenindustrie in ihrem Produktionsprogramm recht gründlich verkalkuliert hat, kommt gerade bei diesem Papier scharf zum Ausdruck. Im Rahmen der Sanierung erwartet die Spekulation Dividendenkürzungen. Auf diese Erwartungen hin ist der Kurs der Kunstseidenpapiere abgestimmt. Grosse Kreise der alten Kunstseidenaktionäre suchen sich jetzt von ihrem Besitz zu trennen, vor allem aber von den Akuaktien, da die Allgemeine Kunstzijde Unie immer wieder Betriebsstillegungen vornehmen muss. Die Undurchsichtigkeit der ganzen Verhältnisse bei der I.G. Farbenindustrie insbesondere in finanzieller Hinsicht lässt sich auch in diesem Papier ununterbrochen Angebot herauskommen, das auf den Kurs drückt. Die I.G. Farben gingen deshalb in der abgelaufenen Woche von 167 auf 161 % zurück, bei einer Erholung am Freitag bis auf 163 %.

Nur ein Papier konnte sich gut behaupten: Polyphon. Eigentlich liegt keine Begründung dafür vor, denn wenn die Börse sagt, Musik auf dem Grammophon wird immer gemacht, so ist das eine ziemlich haltlose Begründung. Man erwartet aber bei Polyphon recht grosse Gewinne und deshalb auch die freundlichere Börsenmusik für Polyphonaktien. Der Kurs war zunächst auf 275 % gehalten und kletterte auf 279 herauf. So ist das Grammophon gegenwärtig Stolz der Berliner Börse.

Roggen gestützt, Weizen erholt.

(Berliner Getreidebörse vom 21. Februar.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war am Freitag die Stimmung für Roggen unverändert. Das reichlich angebotene Material wurde von den Stützungsstellen zu gleichbleibenden Preisen aufgenommen; am Markte der Zeitgeschäfte konnten sich die Kurse sogar noch etwas befestigen. Weizen eröffnete auf Grund der schwachen Auslandsmeldungen zunächst abgeschwächt, konnte sich aber im Verlaufe der Börse wieder befestigen, da aus Liverpool festere Meldungen vorlagen. Auch das Inlandsangebot blieb recht knapp; indessen zeigten auch die Mühlen keine besondere Kauflust. Das Mehlgeschäft lässt weiter sehr viel zu wünschen übrig. Obwohl die Forderungen der Mühlen um 25 Pfennig ermässigt waren, wurde der laufende Tagesbedarf gedeckt. Hafer hatte am Platz wenig Geschäft, da Käufer und Verkäufer sich zumeist nicht über die Preise einigen konnten. Dagegen konnten wiederum einige Geschäfte mit Exporteuren abgeschlossen werden.

	20. Februar	21. Februar
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	229 - 232	227 - 230
Roggen	159 - 163	159 - 163
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Fütter- und Industriergerste	140 - 150	140 - 150
Hafer	123 - 133	123 - 133
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	27,25-34,50	27,00-34,50
Roggenmehl	20,75-24,25	20,50-24,25
Weizenkleie	8,00- 8,50	8,00- 8,50
Roggenkleie	7,25- 7,75	7,25- 7,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 238 $\frac{1}{2}$ -239 (Vortag 240 $\frac{1}{2}$), Mai 251-252 (252), Juli 258 $\frac{1}{2}$ -260 (259 $\frac{1}{2}$). Roggen März 169-170 (169), Mai 174 $\frac{1}{2}$ -175 (174), Juli 177-178 (175 $\frac{3}{4}$). Hafer März 138 plus Geld (138), Mai 144-145 Geld (144), Juli 149 $\frac{1}{2}$ (149).

Berliner Viehmarkt.

(21. Februar.)

SPD. Auf Grund der durchaus uneinheitlichen Bewegung - in Süddeutschland sind die Preise gefallen, während z.B. für die sächsischen Märkte (Messe in Leipzig!) eine Erhöhung vorliegt - sah man dem Schweinemarkt mit grösstem Interesse entgegen. Das Angebot, besonders Inlandsschweine, war reichlich und so konnten die Käufer bei ruhigem Geschäft eine Ermässigung der Notierungen um 1 bis 2 Pfennige pro Pfund Lebendgewicht durchsetzen. In mageren Tieren war das Geschäft glatt. Auf dem Kälbermarkt genügte das Angebot. Der Handel gestaltete sich jedoch lebhafter, weil der sächsische Export auf Grund der bevorstehenden Messe in Leipzig grössere Posten aus dem Markt nahm. Auf dem Rindermarkt war das Angebot grösser. An dem Geschäft beteiligte sich auch hier vor allem der Export.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 42-47 (voriger Markt 42-46), b) 34-41 (34-41), c) 28-31 (28-31), d) 23-27 (23-27), Kälber: a) -, b) 72-78 (72-78), c) 60-70 (60-70), d) 48-58 (48-58), Schweine: a) (über 300 Pfund) 77-78 (79-80), b) (240-300 Pfd.) 77-78 (79-80), c) (200-240 Pfd.) 76-78 (78-80), d) (160-200 Pfd.) 74-77 (77-78), e) (120-160 Pfd.) 72-73 (74-76), f) (unter 120 Pfund) -, g) (Sauen) 72-73 (73-74).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 21. Februar 1930.

Der chinesische Gaukler.^x

SPD. Er zog mit einer kleinen Truppe von Stadt zu Stadt, von Jahrmarkt zu Jahrmarkt. In den ständigen Vergnügungsgärten grösserer Siedlungen blieben sie länger, oft auch den ganzen Winter über. Dann erfasste sie wieder ein quälender Wandertrieb, und sie trollten sich weiter.

Viel Geld haben solche Schaubudenbesitzer nicht. Sie fristen eben genau so ihr Leben wie jeder Andere, der gerade genug hat, um seinen Magen zu füllen und sich die nötige Kleidung zu beschaffen.

Einmal, vor langen Jahren, trieb ein buntes Schicksal den Herrn der Truppe nach China. Dort fand er den Chinesen, der Huang=tse oder so ähnlich hiess. Er sprach dem verschlossenen Asiaten, der sehr arm war, so lange von der Fracht und dem Zauber des Westens vor, bis er in den Pakt einwilligte, mit ihm zu ziehen und seine flinke Kunst zu zeigen. Er wurde die Attraktion, und so entstand die Truppe.

Der Chinese ist schweigsam. Die Seele des Chinesen tobt sich in inneren Bränden aus. Ueber seinen Mund aber fliessen nur Phrasen.

So war auch aus Huang=tse nie herauszubringen, ob sich ihm das verheissende Märchen westlichen Glanzes und westlicher Kultur erfüllte.

Täglich stand er von sieben bis zehn am Abend, an Sonntagen auch nachmittags vor der Treppnbude. Neben ihm an der Kasse sass die dicke Frau. Er schüttelte klirrende Eisenringe an einer Stange und schrie gelernte deutsche Worte in das Gewühl stauender Dienstmädchen, klobiger Soldaten und höhrender Buben. Und Schwaden von Bierdunst schlugen zu ihm herauf.

Er machte seine Sache zur Zufriedenheit seines Herrn. Er blieb die Sensation. Die jämmerlichen Athleten mit den Papierhanteln zählten nicht dagegen.

Wie besessen tanzte er hockend, mit schwingendem Kopf vor den simplen Schauslustigen, die über ihn lachten. Wenn sein deutscher Wortschatz zu Ende war quollen fremde Laute, schrill und wehe durch seine bleckenden Zähne. Dann wurde die Menge furchtsam.

Huang=tse hatte seinen eigenen Raum in dem Budenwagen. Nachdem Ende der Vorstellung ging er sofort hinein, und hinter dem dichtverhängten Fenster sass er schweigend bis tief in die Nacht in einer Ecke. Ich habe Chinesen noch nie weinen gesehen. So wird auch das Gesicht Huang=tse's in seinen einsamen Nächten eine lederne Maske geblieben sein. Mit geschlossenen Augen wird er weisse Schneegipfel und zauberhafte Kirschblüten gesehen haben. Und manchmal formten sich die schmerzlich verzogenen Lippen über den gelben Zähnen zu einem Laut, der so unsagbar weich war wie der Bülbülschlag: "Tüa-tü..." So klang es, wie ein Frauenname.

+ + +

Fünf Jahre lang tat der Asiat schon seine Pflicht, tanzte und schrie jeden Tag, jonglierte mit Bällen und liess die Kontur seines Körpers mit Messern umpicken. Das war der Schlager der Truppe. Huang lehnte wie eine Säule an seinem Bett, und dann flogen haarscharfe Messer wie silberne Pfeile links und rechts um seinen Hals. Der verabredete Trick war höchst einfach. Sobald ein Messer den Fingern des zweiten Akteurs entglitt, rückte der Chinese blitzschnell seinen Kopf, unmerklich für das Publikum, ein paar Zentimeter zur Seite. Diese

Bewegung war auf das genaueste einstudiert.

Und wieder einmal, monoton wie jeden Tag, verrichtete er seine Lockarbeit, schüttelte wild die Ringe und liess sich als seltsames Tier von dem dünnkelhaften Tier Masse mit offenen Müulern begaffen.

Dann folgten die Darbietungen im Zelt. Gespannt lauerten die Zuschauer auf den Augenblick der Sensation des Messerwerfens. Das Totenlicht der Karbidbrenner lag kalt über dem Dunste der gedrängten Menschenmenge. Berauschte Augen wurden in Erwartung nüchtern und klar und starrten der gefährlichen Prozedur entgegen.

Huang-tse stand gleichgültig mit maskenhaftem Lächeln vor dem Brett, nachdem die Messer zu schwirren begannen und mit einem harten Knack stecken blieben. Nun kam der Haupttrumpf: die Umrahmung des Kehlkopfes, wo die rasche Bewegung, um Millimeter ausweichend dem scharfen Stahl, am genauesten durchgeführt werden musste.

In der Bude wurde es beklemmend still. Wie Polypen saugten sich alle Augen an die Kehle des Chinesen.

Langes Wiegen und Zielen der Hand mit dem Messer. Dann sirrte ein silberner Strich durch die Luft. Aber Huang-tse lächelte ganz sachte und verstohlen, wie es Asiaten tun, wenn sie sich glücklich fühlen. Sein Kopf flog nicht mit raschem, unsichtbarem Ruck zur Seite. Wie eine Kerze verharrete er.

Mitten im Halse blieb das Messer stecken. Kaum, dass man das Blut sah, das rechts und links der Schneide in haardünnen Fäden über den seidenen Mantel lief. Mit dem Messer im Halse sank der Chinese langsam und lautlos zu Boden. Nur ein kleiner Laut, röcheln, aber so zärtlich: "Tüa-tü...."

Als man ihm das Messer herauszog, schoss das Blut in dicken Bächen heraus, ungehemmtes, drängendes Asiatenblut, durch Jahre gedrosselt in der Pracht und Kultur des Westens.....

Hans Auer.

Die Rembrandt-Ausstellung in Berlin.

SPD. In diesem Jahre feiern die Staatlichen Preussischen Museen ihr hundertjähriges Jubiläum. Als "Vorfeier" ist eine Ausstellung gedacht, die in der Akademie der Künste einen Ueberblick gewährt über das Werk Rembrandts. Man hat einen der Grössten im Reiche der Kunst zu Gast gebeten - zudem einen, dessen graphische Arbeiten einen besonders stolzen Besitz des Berliner Kupferstichkabinetts bilden. Selbst die Albertine in Wien hat nicht so viele Handzeichnungen Rembrandts aufzuweisen, und die vorzüglichsten Radierungen sind in Abzügen nach den ersten Plattenzuständen vorhanden, die heute mit Zehntausenden aufgewogen werden. Der Besitz an Gemälden ist nicht so bedeutend: immerhin können Bilder aus allen Epochen seines Lebens gezeigt werden, und Stücke aus Privatbesitz, ferner aus den Sammlungen in Kassel und Braunschweig bieten eine willkommene Ergänzung.

Wie lässt sich das Phänomen von Rembrandts Kunst begreifen? Aus dem "Genie und der "Persönlichkeit" allein heraus gewiss nicht. Eher aus den besonderen Umständen der Zeit und des Orts. Die holländische Republik hatte sich aus der Umklammerung der spanischen Monarchie losgerissen und sich, im Wettstreit mit England, ihren Anteil am Welthandel gesichert. Diese Entwicklung war nur auf bürgerlicher Grundlage möglich. Holland und England sind im 17. Jahrhundert die einzigen ausgesprochenen bürgerlichen Grosstaaten Europas. Frankreich wird durch einen Ausbeuter von Gottes Gnaden niedergehalten, Deutschland gar von nahezu zweihundert. Dieses Deutschland wird ein bequemer Tummelplatz für alle despotischen und militaristischen Gelüste, dreissig Jahre - nein, ein ganzes Jahrhundert lang. Unterdessen richten sich die "Generalstaaten" ein und treiben

eine Toleranzpolitik, wie sie überall sonst, auch in England, undenkbar gewesen wäre. Nicht etwa aus Humanität, sondern aus wohlverstandenen Geschäftsinteresse aus einem liberalen Prinzip heraus, nehmen sie die aus Spanien und Portugal vertriebenen Juden auf und lassen sie die weltberühmte Amsterdamer Diamantenindustrie aufbauen. Während sie sich in Frankreich und Deutschland die Schädel einschlagen um ihres gottgefälligen Glaubens willen, wickeln in Holland Juden, Protestanten und Katholiken in aller Gemütsruhe ihre Geschäfte ab. Man ist zu Hause musterhaft tolerant - um mit desto grösserer Unduldsamkeit in Amerika und Ostindien die Eingeborenen auspressen zu können.

Immerhin: was sich da in Holland abspielt, bedeutet eine neue Weltanschauung, und es ist kein Zufall, dass ein holländischer Jude, Baruch Spinoza, ein philosophisches System aufstellt, das alle kirchlichen Schlagbäume niederreisst. Diese neue Weltanschauung muss auch in der Kunst ihren Niederschlag finden. Sie muss sich als Revolution ankündigen. Man darf den Begriff "Materialismus" nicht so eng fassen, dass man, nach der Unsitte bürgerlicher Geschichtsschreiber, eine Anhäufung von Kapitalien als genügende Grundlage ansieht für aussergewöhnliche kulturelle Leistungen. Die künstlerischen Tagen des ungeheuer reichen England sind nach Shakespeares Tod auffallend gering. Mit Rassentheorien kommt man ebenfalls nicht weiter. Das englische Bürgertum, das seine Klassenkämpfe gegen die Monarchie siegreich ausficht, gelangt gar nicht erst zu einer wahrhaft revolutionären Gesinnung. Es erstickt in kleinbürgerlich=puritanischer Spieserei.

Holland dagegen ist grossbürgerlich: es hat die Weite des Horizonts, die seiner Landschaft eignet. Man darf das nicht verallgemeinern und etwa annehmen, die "Mynheers" seien nicht auch satte, widerwärtige, heuchlerische Spiesser gewesen. Sie haben ihre Gulden nicht gespart, wenn es galt, sich im Kreise der Schützenbruderschaften oder des Aufsichtsrats einer wohltätigen Stiftung porträtieren zu lassen. Sie bestellten auch Stilleben bei ihren Modernern, um damit die Wände ihrer prunkvollen Häuser zu schmücken. Drei Viertel von den unzähligen Schwarten, die damals entstanden, sind auf Bestellung reicher Herrschaften gemalt worden. Sie könnte man getrost in den Ofen stecken. Sie bilden unnötigen Ballast für unsre viel zu pietätvollen Museen. Aber es war doch die Möglichkeit gebeten, dass ein wahrhaft grosser Künstler die Keime der neuen Zeit erfasste und gestaltete. Er musste dann freilich in Konflikt geraten mit dem herrschenden Geschmack, den ein banausisches Klasseninteresse diktierte. Er musste sein Lebensglück drangeben, um seine Idee zu retten. Das ist die Tragödie, die sich an die Persönlichkeit Rembrandts knüpft.

Der Müllerssohn aus Leiden gehört nicht zu den Sonntagskindern, denen alles in den Schoss fiel. Er hat, im Gegensatz etwa zu seinem Zeitgenossen Rubens, sich alles erringen und erkämpfen müssen. Auffallend ist, dass die Nachtseiten des Lebens zuerst seinen Blick angezogen haben. Wie bei seinem späteren Landsmann van Gogh haben ihm in der Jugend Bettler Modell gestanden. Dieser soziale Grundton scheint sich zu verlieren, als Rembrandt nach Amsterdam kommt und ein Mädchen aus reichem Hause heiratet, die so oft gemalte Saskia. Der Künstler häuft Prunk und Kostbarkeiten um sich, und macht ein grosses Haus. In phantastisch reichem Aufputz liebt er sich selber zu porträtieren - einmal mit dem Weinglas in der Hand und die köstlich geschmückte Frau auf dem Schoss. Er zahlt seiner Zeit und seiner Klasse seinen Tribut, indem er Geschichten aus der klassischen Mythologie illustriert oder biblische Szenen in der theatralischen Aufmachung wiedergibt, wie er sie auf der Passionsbühne gesehen hat.

Aber dann kommt der Wendepunkt. Der Traum von Reichtum und Wohlleben zerbricht, als ihm seine Saskia plötzlich wegstirbt und ihre Angehörigen dem "Taugenichts" und "Verschwender" die Erbschaft vorenthalten. Er macht bankrott und siedelt bettelarm in das Judenviertel über. Hätte er Konzessionen gemacht an seine wohlhabenden Besteller, dann wäre ihm zu helfen gewesen. Aber das einzige Repräsentationsbild, zu dem er aufgefordert worden war, die "Nachtwache", enttäuschte die Auftraggeber, die nicht genügend zur Geltung kamen. Die Not mag

Rembrandt neben seinem innern Drange zur Radiernadel getrieben haben. Jetzt, im Elend, findet er seine eigene Welt. Er ist ein fanatischer Realist. Es kommt ihm gar nicht darauf an, auf dem Blatte des "Barmherzigen Samariters", der den Verwundeten vom Pferde lädt, einen Hund in den Vordergrund zu setzen, im Begriff ein höchst unappetitliches Geschäft zu verrichten. Er hat einmal einen höchst possierlichen Engel gemalt: mit einem schwarzen Männerbart. Der jugendliche Ganymed, der vom Adler des Zeus in die Lüfte gehoben wird, benimmt sich ebenso unmanierlich wie jener Hund.

Rembrandt ist kein Schönmalers gewesen. Immer hat er hässliche Modelle -abschreckend geradezu sind seine nackten Frauen. Er kann und mag nicht idealisieren. Seine einzigen Schönheitswerte sind Farbe und Licht. Seine späten Bilder - das Braunschweiger Familienbild, der "Segen Jakobs" aus Kassel, die Hendrickje Stoffels, seine zweite Frau, aus dem Berliner Museum - sind märchenhaft in ihrer Farbenharmonie. Aber nicht weniger wichtig ist ihm als Ausdrucksmittel die Linie. In seinen Handzeichnungen und Radierungen kommt er unserm Weltbild am nächsten. Da blüht jene wundervolle Gabe aus den Jugendtagen wieder auf: alles Lebendige zu vermenschlichen. Er wird, wenn er die menschlichen Werte aus dem Evangelium herausholt und alles Kirchenchristentum weglässt, wenn er Landschaften mit dem Duft unmittelbarer Naturnähe zeichnet, ja, selbst vor einer Bordellszene nicht zurückschrickt, pantheistisch, wie nur sein Landmann Spinoza pantheistisch gewesen ist, d.h. die Welt als Ganzes begriffen hat ohne Gott und Teufel.

Darum wird uns die Kunst Rembrandts nie verloren gehen.

Hermann Hieber.

Matrosen in der Kneipe.^x

SPD. Heute sind Matrosen in der kleinen Kneipe, in der ich hier in Nizza immer esse. Es ist hier in der Nähe des Hafens lächerlich billig. Für noch nicht eine Mark gibt es ein Essen von vier Gängen, ein Viertel Rotwein und Brot, so viel man will, einbegriffen. Nur die Serviette muss, wie in Frankreich üblich, extra bestellt und extra bezahlt werden.

Es ist hier zum Brechen voll in den Stunden der Mahlzeiten. Besser bezahlte Hafenarbeiter essen hier, und draussen an der Türe hängt ein Schild, auf dem steht, dass die Handlungsreisenden, die in den nahen Kontoren zu tun haben, dieses Lokal frequentieren. Die achtzehn Tische hier bedienen drei Kellnerinnen. Die blonde, in deren evier ich sitze, ist stolz auf ihren Beruf und auf ihre etwas primitive Kenntnis der englischen Sprache. Ich muss bei ihr alles englisch bestellen; das macht ihr mehr Freude als der ganze, armselige Franc, den ich ihr anstatt der hier üblichen fünfzig Centimes gebe.

Heute nun sind Matrosen in der kleinen Kneipe, sechs Matrosen. Irgendein französischer Kreuzer, der hier im Mittelmeer herumgondelt, hat angelegt, und die blauen Jungens spüren wieder einmal heimatlichen Boden unter ihren Füßen.

Diese sechs Gestalten füllen das ganze Lokal. Wir ändern fünfzig versinken ins Nichts. Wir sitzen zu fünft und sechst um einen Tisch. Die sechs Matrosen haben an zweien kaum Platz. Die blonde Kellnerin hat nur für diese beiden Tische zu tun. Die beiden Kolleginnen teilen sich mühelos in die sechzehn anderen. Zwölf Essen bestellen die Sechs, zwölf Viertelflaschen Wein stehen auf den Tischen. Bald sind es dreissig. Die braungebrannten, wetterfesten Kerle lachen und scherzen, plündern die Vasen, die auf den Tischen stehen, und stecken sich die Blumen an, halten die Kellnerinnen fest, wenn sie mit den gefüllten Tellern und Platten zu ihren Gästen wollen. Das ganze Lokal dreht sich um die sechs, und alles lacht mit. Scherzworte fliegen von Tisch zu Tisch; plötzlich spricht man mit seinen Nachbarn, die man tagelang stumm neben sich sah; alles

ist eine Gaudi. Länger als sonst bleibt man sitzen; die ewig gleichen Gespräche alltäglicher Sorgen haben heute nicht Platz.

Nach einer Stunde gehen die sechs Matrosen. Durch die Tür sieht man, wie sie sich zu einer Kette einhaken, und noch ein paar Strassenzüge weit hört man ihre lustigen Lieder aus rauhen Kehlen. Die beiden Tische, an denen die sechs sassen, sehen aus wie ein Schlachtfeld: Flaschen, Flaschen und Flaschen, Teller, Brostreste, verschütteter Wein. Die sonst so unermüdliche Kellnerin sinkt müde auf einem Stuhle zusammen, und in der kleinen Kneipe hat man jetzt wieder für drei Tage einen lustigen, alle verbindenden Gesprächsstoff.

Mario Mohr.

Es riecht nach Frühling.....X

SPD. Ein Jahr ist's her, da klapperten die Schlittschuhe und die Zähne, da verfeuerten wir bänderingend einen Zentner Kohlen nach dem andern und froren trotzdem wie die Schneider.

Und dieses Jahr? Da sieht die Welt im Februar schon frühlingslüstern aus. Die schönste Sonne an einem Himmel, blau wie auf Ansichtskarten aus der Riviera Nachmittags hängt er sich sehr dekorativ ein paar flaumige, weiss=rosa Wölkchen um, wie Puderquasten für sein am Abend sich rötendes Gesicht. Gewiss, Nachts friert es dann und wann noch ein bisschen. Aber erstens sieht das Morgens so hübsch aus, wenn alles weiss ist, und zweitens und endlich kann sich selbst der zuvor=kommandste und liebenswürdigste Winter nicht ganz um seine winterlichen Verpflichtungen drücken. Drum streut er Nachts eine Handvoll Zuckerreif aus und stellt einen blank geputzten Mond und die schönste Auswahl Sterne darüber, damit wir nur ja nicht schimpfen.

Frühling also? Wir fragen ganz zaghaft und bange und klopfen dreimal unter Tisch, soweit wir abergläubisch sind. Es lässt sich halt nicht länger leugnen, dass es sehr nach Frühling riecht. Ausserdem gibt es untrügliche frühlings=verkündende Zeichen.

Oder ist das etwa nicht bezeichnend, dass man jetzt im Februar, sozusagen mitten im Winter, frischen grünen Schnittlauch kaufen kann? Ganze Berge kleiner, zarter Bündelchen gibt's schon davon. Für billiges Geld. Und so würzig und aromatisch ist dieser Vorfrühlingschnittlauch, dass eine einzige kleine Portion für den ganzen Tag vorhält.....

Und dann das lustige Hühnervölkchen! Das hat erst den Frühling im Leibe. Knallrote, straffe Kämme, selbstbewusste Hähne und betuliche Hennen! Von fünf Uhr Morgens an wird gekräht. Vom ersten Sonnenstrahl an wird gegackert, als wären wir schon mitten im wunderschönen Monat Mai. Nach dem Gackern zu urteilen, muss meine Nachbarschaft in frischen Eiern ersticken.

Von den Katzen wollen wir schon garnicht reden. Die sind ausser Rand und Band. Früher, in normalen Jahren, beschränkten sie sich mit ihrem Konzert noch auf die Nacht und huben erst bei ihrem Einbruch an, wie Säuglinge zu wimmern. Sie haben Sitte und Anstand verloren. Seitdem die Sonne Frühling mimt, fangen sie schon Nachmittags um drei Uhr an mit ihrem Liebeswerben, springen wie besessen über Hecken und Gartentore und benehmen sich in jeder Hinsicht unanständig.

Vielleicht glauben sie es den Katzen nicht, dass es Frühling zu werden verspricht. Vielleicht sind auch die krähenden Hähne und die gackernden Hühner keine Kronzeugen in Ihren Augen. Dann machen Sie doch einmal am nächsten Sonntag einen vorzeitigen Osterspaziergang vor die Tore der Stadt! Da entdecken Sie nicht nur vom Eise befreite Ströme und Bäche, sondern, wenn Sie gute Augen haben, auch Sträucher, die prall und saftgeschwellt da stehen mit dicken, blinzelnden Knospenaugen. Und vielleicht entdecken Sie auch schon irgendwo in einem Vorgarten einen ganz mit offenen gelben Blüten bedeckten Strauch.

Mit leuchtenden, verheissungsvollen, richtigen Frühlingsblüten.....
A. Braun=Stratmann.

Was ist ein Berliner Fest?

Wenn 15 Angestellte Ueberstunden machen
(Im Ballbüro) von 6 bis 3 Uhr früh,
Wenn du bedauernd feststellst: Not for me!
Für 30 RM Eintritt mach' ich andre Sachen.

Zum Beispiel kann man davon leben,
Sich Mittagessen kaufen und so weiter,
Bei Chaplin bist du 30 Male heiter.
10 Mark kannst du der Steuer davon geben.

Was ist ein Fest? Wenn sich die Presse drängelt
Und Freibillerte zu erhaschen sucht,
Der Bankkassierer Dollars falsch verbucht
Und einer wieder die Moral bemängelt.

Ein Fest? Wenn morgens früh um sieben
Die Ober Blut an ihren Sohlen haben,
Direktors schachmatt sich im Bett vergraben
Und viel zu müd' sind, um nochmal zu lieben.

Bilanz: Was war es? Zirkus für die Protzen
Und Arbeit für die andern. Ja - und das Vergnügen?
Komm, sei nicht albern! Lass dich doch belügen:
's war herrlich!! Unter uns: Es war zum Kugeln.

Arno Ullmann.

SPD. Das jüngste Gericht der alten Aegypter.^x Der Gedanke des jüngsten Gerichts, der in der christlichen Mythe eine Rolle spielt, hat einen eigenartigen Vorgänger im Glauben der alten Aegypter. Nach diesem Glauben musste der Tote vor dem Richterstuhl des Gottes Osiris erscheinen, der mit 42 Dämonen zusammen über ihn Gericht hielt. Diese seltsame Zahl 42 soll darauf zurückgehen, dass Aegypten in 42 Regierungsbezirke geteilt war. Der Tote musste vor jedem dieser 42 Richter bekennen, dass er an einer bestimmten Sünde unschuldig war. Während dieser Zeit wurde dann sein Herz auf einer Wage gewogen. Es musste sehr leicht sein, denn das Gewicht, das auf der Wage lag, bestand nur in einer Feder, die ein Sinnbild der Wahrheit darstellte. Unter den Sünden, die der Tote nicht begangen haben durfte, war auch, dass er seine Untergebenen nicht mit schwerer Arbeit überlastet und nicht Witwen und Waisen übervorteilt habe. Ferner wurde verlangt, dass er Hungernde gespeist und Durstige getränkt habe. Es waren also soziale Gesichtspunkte bei diesem Sündenbekenntnis, massgebend. Es trat dann eben, wie später im christlichen Glauben, die Auffassung hervor, dass man sich im Jenseits für das Leben, das man auf der Erde geführt hatte, zu verantworten habe.

Der Leuchtturm.

Roman von Paul Reboux.

Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf.

1)

1.

SPD. Die "Désiré" lag im Hafen von Brest am Wellenbrecher im ersten Basin.

Gedrungen, robust und dazu geschaffen, den Wellen zu widerstehen, hatte der Dampfer auf seinem Hinterdeck die Trikolore gehisst, auf der man zwischen zwei Ankern den gelben Stern des Ministeriums für öffentliche Fahrstrassen unterscheiden konnte. Es war das Bojenschiff, das den Dienst für die Leuchttürme zwischen dem Kap Le Raz und der Jungfraueninsel versah. Mit flach zusammengerollten Tauen, mit seinem gescheuerten und blank geputzten Deck und den funkelnden Kupferteilen hatte das Schiff an diesem Tage ein feierliches Aussehen, Herr von Croixdalle, der Cheffingenieur, war aus Quimper gekommen und sollte um zehn Uhr an Bord gehen.

Am Kai standen der Ingenieur vom Dienst und Kerroz, der Oberaufseher, und sprachen miteinander.

"Sie glauben also wirklich, Herr Fouché, dass man die Arbeit in Angriff nehmen wird?"

"Das ist so gut wie sicher."

"Ach das wird eine böse Geschichte!"

Lucien Fouché zündete sich hinter der schützend vorgehaltenen Handfläche eine Zigarette an.

"Eine Frage der Zeit", antwortete er und warf das Zündholz über die Schulter fort. Er war aus Paris nach Brest versetzt worden, und die Bretagne gefiel ihm nicht. Deswegen begrüßte er den Plan zum Bau eines Leuchtturms mitten im Meer mit einer gewissen Genugtuung, obwohl er die Schwierigkeiten des Unternehmens nicht verkannte.

Der Aufseher schüttelte den Kopf.

"Man müsste auch die Leute finden, die da draussen arbeiten wollen!"

"Warum nicht?"

"Aber ich bitte Sie, Herr Fouché, Sie wissen doch, was die Bretonen für Dickköpfe sind! Wenn sie sich einmal in etwas verrannt haben... dann kann sie kein Mensch mehr davon abbringen."

"Hören Sie, Kerroz, die Geschichten wegen des Teufelsfelsens, diese Ammenmärchen, die werden doch etwa nicht ernst genommen?"

"Aber ganz bestimmt, mein Lieber! Beim ersten Unfall werden Sie sehen, dass die Arbeiter Trog und Kelle fortwerfen und sagen, dass der Teufel seine Hand im Spiele hat, um sein Hab und Gut zu verteidigen."

Ein alter Bettler näherte sich, eins jener hinkenden, tiefäugigen und verkrüppelten Wesen aus dem Abschaum der Menschheit, von denen man sich nicht vorstellen kann, dass auch sie eines Tages jung waren; seit unzähligen Jahren schön schienen Sonne und Regen seine farb- und formlosen Lumpen durchdrungen zu haben. Seine Augen standen voller Wasser und blinzelten, und seine ausgestreckte Hand zitterte.

"Da", sagte Kerroz, "Sie werden sich gleich selbst ein Urteil bilden können." Er sagte dem alten Mann ein paar breitanische Worte, worauf der Greis das Zeichen des Kreuzes machte und ein paar grunzende Laute von sich gab.

"Was sagen Sie dem Mann?"

"Ich spreche von unseren Plänen."

"Und was antwortete er?"

"Es sei verboten, gefährlich... es würde uns Unglück bringen."

Fouché zuckte die Achseln.

"Mein Gott, was für ein Volk."

Dann fügte er verärgert über diesen Aberglauben, der seiner rationalistischen Auffassung zuwider war, hinzu:

"Fragen Sie ihn einmal, ob er nicht mit uns hinausfahren will?"

Der Alte wurde noch verstörter. Seine Hand zitterte noch stärker.

Die Besatzung, die das Gespräch hören konnte, blieb ernst. Der Spass, das konnte man sehen, machte ihnen kein Vergnügen. Auf ihren Gesichtern konnte man deutlich einen stummen Tadel für die etwas gotteslästerliche Art des Ingenieurs sehen.

Aber Kerroz unterbrach den Bettler:

"Schon gut, Alter, geh...geh nur."

Es schlug zehn Uhr. Plötzlich erschien Herr von Croixdalle. Sein behutsamer Gang, seine stattliche Figur, sein Embonpoint, sein korrekter grauer Bart, sein goldener Kneifer, alles verlieh ihm das Aussehen eines würdigen Verwaltungsbeamten.

"Guten Tag, lieber Freund", sagte er und erwiderte Fouchés Gruss. "Guten Tag Kerroz...Aber was will denn dieser Mensch hier?"

Der Alte hatte es gewagt, seine braune, dick geäderte Hand auf den Armel des Chefindgenieurs zu legen und mit bebenden Lippen einige unverständliche Worte herauszusprudeln.

"Er weiss," sagte Kerroz, "dass wir zum Teufelsfelsen wollen, und er sagt Ihnen, dass man das Schicksal nicht versuchen solle."

Ein greller, schriller Ton, der durch die Ohren bis in den Leib zu dringen schien, schnitt ihm das Wort ab. Die "Désiré" liess ihre Sirene spielen, um ihre Abfahrt mitzuteilen.

Die drei Männer gingen an Bord. Man machte los. Noch ein kurzes Sirenen-signal, und die "Désiré" passierte nach der westlichen Ausfahrt die Strömung des Hafeneingangs, in dem die samtige Dünung eines Frühlingstages ihre Wellen warf.

Während die Spitzen und Buchten der Reede vorbeiflogen, stellte der Chefindgenieur an Fouché einige Fragen.

"Kennen Sie die Volksüberlieferungen, die sich mit dem Teufelsfelsen beschäftigen, in allen Einzelheiten?"

"Nur zu gut. Seitdem man gesehen hat, dass ich hydrographische Forschungen anstelle, erzählt man mir nichts anderes!"

"Dann erzählen Sie mir doch lebenswürdigerweise die ganze Geschichte."

"Gern. Also...Als Jesus Christus in die Bretagne kam..."

"Jesus Christus?....."

"Ja, ja, so will es die Legende...Als Jesus Christus in die Bretagne kam, war der Teufel der unumschränkte Gebieter, wie er vor Christi Geburt auch Herr der ganzen Welt war. Je mehr das Evangelium an Boden gewann, desto mehr Anhänger verlor der Teufel."

(Fortsetzung folgt).